

Lübecker Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 272.

Montag, 20. November 1922.

29. Jahrgang.

Minderheitsregierung? Reichstagsauflösung?

Herr Cuno, dessen erste Verhandlungsführung mit den Parteien man gerade nicht geschickt nennen kann, ist vom Reichspräsidenten gebeten worden, das bereits als gescheitert betrachtete Werk der Regierungsbildung fortzuführen und ein Kabinett ohne ausdrückliche Billigung der Parteien zu bilden, statt dessen aber vor den Reichstag zu treten und in offener Feldschlacht um das Vertrauen zu werben. Nachdem dieser erweiterte Auftrag des Reichspräsidenten die Zustimmung der Vertreter der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft, nicht aber die der Sozialdemokratie, gefunden hat, bedarf es kaum eines großen Rätselratens, aus welchen Fraktionen Herr Cuno zu nächst seine Mitarbeiter entnehmen wird. Zwar hat er unserem Genossen Hermann Müller anlässlich seiner ersten Unterredung ausdrücklich erklärt, daß er nie beabsichtige, eine Regierung ohne Sozialdemokratie zu bilden. Vorläufig aber ist er auf dem besten Wege dazu, die Sozialdemokratie in schärfste Oppositionsstellung zu treiben; es sei denn, daß er vorher seine Mission als endgültig gescheitert ansieht.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat erst am Dienstagabend mit überwältigender Mehrheit die Beteiligung an einer Erweiterung der bisherigen Koalition durch die Volkspartei abgelehnt. Soll sie diesen Beschluß jetzt vielleicht Herrn Cuno zuliebe aufgeben und sich an einer Regierung beteiligen, die auch Herr Dr. Wirth wollte? Es ist undenkbar, daß die Fraktion von ihrem in der Öffentlichkeit mehrfach begründeten Beschluß abgeht! Da aber das Zentrum auf der großen Koalition besteht und die Volkspartei eine Regierung nur zu unterstützen gedenkt, in der sie offiziell vertreten ist, sehen wir in der gegenwärtigen Situation vorläufig nur zwei Lösungsmöglichkeiten: entweder Minderheitskabinett ohne Sozialdemokratie unter Führung des Herrn Cuno, oder Auflösung des Reichstages! Beide Lösungsmöglichkeiten liegen nicht im Interesse des deutschen Volkes, aber wenn sie von den bürgerlichen Parteien mit Gewalt gewünscht werden, dann bitte!

Welche Lösungsmöglichkeit sollen wir beschreiten? Wir müssen uns klar darüber sein, daß eine Minderheitsregierung der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft auf die Unterstützung der Deutschnationalen Partei angewiesen ist, die eine neutrale Haltung sicherlich nicht kostenlos vornehmen wird. Es ist deshalb damit zu rechnen, daß die deutschnationalen Geheimbünde wieder aufblühen, die Sozialgesetzgebung ins Stocken gerät, die in Angriff genommene Justizreform liegen bleibt und andere Dinge vorgenommen oder nicht vorgenommen werden, die keineswegs im Interesse der Arbeiterschaft liegen. Eine Reichstagsauflösung aber erfordert ungeheure Mittel, sodaß es verständlich ist, wenn alle Parteien des Reichstages für einen kostspieligen Wahlsfeldzug nicht zu haben sind. Hinzu kommt, daß eine Neuwahl des Parlaments frühestens in acht Wochen vor sich gehen kann, wir während dieser Zeit also eine inaktive Regierung besitzen, die weder innen- noch außenpolitisch irgendwelche Autorität besitzt. Stocken der Verhandlungen in der Reparationsfrage, weitere Entwertung der Mark und so Fortschreitung des Glends innerhalb der Arbeiterschaft würden die Folgen sein, die wir von einer Reichstagsauflösung zu erwarten haben.

Vielleicht ist es deshalb das Beste, wenn es die bürgerlichen Parteien nicht anders wollen, ihnen die schwere Verantwortung für diesen Winter zu überlassen. Kommt es soweit, dann kann es nur eines geben: Schärfste Opposition. Der Zustand, wie wir ihn uns beim Kabinett Fehrenbach-Simons leisteten, muß aufhören. Wir haben keinen Anlaß, den Herrschaften, die uns die Pistole auf die Brust gesetzt haben, ohne daß sie erreichten, was sie wollten, auch noch durch eine neutrale Haltung unsern Dank zu erstatten. Bei der Durchführung unserer Reparationsverpflichtungen usw. werden sie schon verspüren, daß die Arbeiterschaft heute eine Macht darstellt, die man in Zeiten der Not nicht unterschätzen soll.

Eine bürgerliche Minderheitsregierung, sei es unter Herrn Cuno, der zwar ohne Sozialdemokratie nicht regieren wollte, oder einem anderen bürgerlichen Politiker, unter den augenblicklichen Verhältnissen kann nur als Übergangskabinett gewertet werden. Wir sind überzeugt davon, daß bald die Zeit kommen wird, in der nicht mehr die bürger-

lichen Parteien bestimmen, welche Koalition sie eingehen werden, sondern wo die Sozialdemokratie sagt, uns ist die große Koalition jetzt recht oder unangenehm.

Die Verhandlungen.

Cuno setzt seine Bemühungen vorläufig fort.

Die ersten Verhandlungen, die der mit der Regierungsbildung beauftragte Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie, Cuno, im Laufe des Freitag Abends und des Sonntag Abends mit den Parteiführern geführt hat, mußten am Sonntagabend nachmittags als gescheitert betrachtet werden. Cuno richtete deshalb folgendes Schreiben an den Reichspräsidenten:

„Herr Reichspräsident! Sie haben mir den Auftrag zur Bildung des Reichskabinetts erteilt, nachdem Ihre persönliche Führungsnahme mit den Parteiführern ergeben hat, daß sämtliche Parteien der Arbeitsgemeinschaft und der Sozialdemokratie auf dem Boden der an die Reparationskommission gesandten Note vom 13. d. M. stehen und mir das Vertrauen entgegenbringen, das neue Kabinett zu bilden. Im Hinblick hierauf habe ich den Auftrag angenommen in der Absicht, ein „Kabinett der Arbeit“ zu schaffen, das in seiner Zusammensetzung der Notwendigkeit sachlicher Führung der Geschäfte entspricht und vom Vertrauen des Reichstages getragen wird. Die hierfür erforderlichen Besprechungen mit den Führern haben ergeben, daß einzelne Parteien nicht nur Anregungen und Wünsche, sondern Anträge und Ansprüche vorbringen, die die Zahl der einer Partei zu entnehmenden Kabinettsmitglieder, deren Person, deren Ressort, ja sogar die Frage betreffen, ob ein Mitglied des bisherigen Kabinetts ein anderes Ressort übernehmen soll. Damit entfallen die Voraussetzungen, unter denen ein zu sachlicher Arbeit geeignetes Kabinett gebildet werden kann. So wenig ich die Notwendigkeit verkenne, eine Zusammenarbeit zwischen Parlament und Kabinett auch durch dessen Zusammensetzung sicherzustellen, so sehr muß ich entschiedenes Gewicht darauf legen, daß die Auswahl der Mitglieder und Ressorts dem Ermessen desjenigen überlassen bleibt, dem der Auftrag zur Bildung übertragen worden ist. Da das zurzeit nicht der Fall ist, bitte ich, den Auftrag zur Bildung des Kabinetts in Ihre Hände zurücklegen zu dürfen, wobei ich nicht verfehlen möchte, für das Vertrauen zu danken, das mir durch den Auftrag geworden ist. Mit der Versicherung ausgezeichneter Verehrung und Hochachtung bin ich, Herr Reichspräsident, Ihr ganz ergebener Cuno.“

Dieser Brief des Herrn Cuno, der „einzelne“ Parteien gerade nicht besonders würdig behandelt, ließ die Möglichkeit zu seiner nochmaligen Betrauung durch den Reichspräsidenten offen. Cuno gebraucht zum Schluß die Ausdrucksform „zurzeit“, die darauf schließen ließ, daß Cuno eine neue Auforderung zur Bildung der Regierung übernehmen würde, sobald die notwendigen Garantien hierfür geschaffen sind. Diese Garantien zu schaffen, war Absicht des Reichspräsidenten in der bald nach Ueberreichung des Briefes angelegten Parteiführerbesprechung, an der neben den bisherigen Koalitionsparteien auch die Deutsche Volkspartei beteiligt war. Der Reichspräsident legte in dieser Besprechung den Parteiführern die Frage vor, ob ihre Fraktionen bereit sind, ein Kabinett zu unterstützen, das Cuno nach freiem Ermessen bildet und das nach seiner Rekonstruktion mit einem Programm vor den Reichstag tritt, um hier die Vertrauensfrage zu stellen. Als Grundlage des Programms, das sich dieses neue Kabinett zu eigen machen will, soll die nach Paris gesandte Note an die Reparationskommission dienen. Die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft, also einschl. Deutsche Volkspartei, stimmten dem Vorschlag des Reichspräsidenten zu, während Genosse Hermann Müller die Entscheidung der Fraktion vorehielt, die am Montag nachmittags 2 Uhr zusammentritt.

Nach der Besprechung des Reichspräsidenten mit den Parteiführern wurde Cuno gebeten, seine Bemühungen fortzusetzen und den Versuch zur Bildung einer Regierung ohne vorherige Zustimmung der Parteien zu machen.

Im Laufe des Sonntags bemühte sich Cuno, ein Kabinett zustande zu bringen. Sicher ist, daß an seiner Regierung, mit der er vor den Reichstag treten will, Fraktionsangehörige der Deutschen Volkspartei beteiligt sind.

Das Zentrum wehrt sich.

Die „Germania“ sucht sich gegenüber den Vorwürfen, die dem Zentrum in dem Briefe Cunos an den Reichspräsidenten indirekt gemacht werden, und die sich auf die Rede- und Wendung beziehen, daß sogar die Frage aufgeworfen sei, ob ein Mitglied des bisherigen Kabinetts ein anderes Ressort übernehmen soll, folgendermaßen zu rechtfertigen:

Herr Cuno hatte zum Außenminister den bisherigen Finanzminister Dr. Hermes in Aussicht genommen. Dagegen hat das Zentrum Einspruch erhoben; nicht etwa wegen der Person des Herrn Hermes, sondern wegen der Richtung, die sein Name außenpolitisch bedeutet. Es ist bekannt, daß Hermes bezüglich unserer Opposition und besonders hinsichtlich des Rapallo-Vertrages auf einem anderen Boden steht als die Fraktion. Diese hat die mit dem Abschluß des Vertrages eingeleitete Opposition gebilligt und

das kürzlich noch deutlich zum Ausdruck gebracht. Die Differenzen darüber sind rein sachlicher Natur, und jede Richtung kann sicher für ihre Haltung annehmbare Gründe vorbringen. Die Zentrumsfraktion hält aber die von uns verfolgte Opposition für die richtige, und unter diesen Umständen war es für sie ein Ding der Unmöglichkeit, den wichtigen Posten des Außenministers mit einem Mann aus den eigenen Reihen besetzen zu lassen, der in wesentlichen Punkten andere Ansichten hat als die Fraktion selbst. Diese Auffassung teilt auch Herr Hermes. Es gibt ein fallsches Bild, wenn man die Streitfrage auf die einfache Formel bringt, ob ein Mitglied des bisherigen Kabinetts ein anderes Ressort übernehmen dürfe. Dagegen kann an sich kein Mensch etwas haben. Die Frage ist vielmehr die, ob das Zentrum von der soeben öffentlich gebilligten und für richtig gehaltenen Politik soweit abbrechen kann, wie es mit der Uebernahme des Außenministeriums durch Hermes geschehen wäre.“

Die Sozialdemokratie hält es für selbstverständlich, daß sie je nach ihrer Stärke an einem Kabinett beteiligt wird, das ihr zuliegt, und sie hält es deshalb für überflüssig, auf Vorwürfe Cunos einzugehen, die sich eventuell gegen sie münzen.

Beginn der Orientkonferenz.

Lausanne, 20. November.

Gestern nachmittags kurz nach 6 Uhr trafen Poincaré und Lord Curzon im Extrazuge in Lausanne ein und begaben sich ungefähr eine Stunde später nach Territet, wo sie von Mussolini, der hier schon um 5 Uhr eingetroffen war, erwartet wurden. Die Eröffnung der Orientkonferenz soll nun am Montag 5 Uhr nachmittags stattfinden. Sie soll durch eine Begrüßungsansprache des schweizerischen Bundespräsidenten Haab eingeleitet werden.

Der neue Kalif.

II. Paris, 20. November.

Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß die Angora-Verammlung am Freitag drei Sitzungen abgehalten hat, um über die Wahl des neuen Kalifen zu beraten. In Aussicht genommen wurden der Thronerbe des jetzigen Sultans Prinz Abdul Medjid und Selim, ein Sohn des verstorbenen Sultans Abdul Hamid. Die Wahl des ersteren soll gesichert sein. Indessen wird mit Mitteilungen darüber noch zurückgehalten.

Reichstag.

270. Sitzung.

18. November, 12 Uhr mittags.

Der von allen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten gestellte Antrag auf Uenderung des § 68 der Gewerbeordnung wird ohne Debatte in zweiter und dritter Lesung angenommen. Es können danach in Zukunft von allen Teilnehmerstaaten außer den bisherigen Abgaben auch solche erhoben werden, die zur Bekämpfung der Verber- und Verwalmungsstellen notwendig sind.

Der von denselben Parteien gestellte Antrag auf Uänderung des Gesetzes über das Brauntweinmonopol wird ohne Debatte dem zuständigen Ausschuss überwiesen.

Das Haus legt dann die Beratung der Geschäftsordnung fort. Abg. Koenen (Komm.) fordert, daß die Ausschüsse im allgemeinen öffentlich und nur in besonderen Fällen geheim tagen. Die Vertraulichkeit der Verhandlungen des auswärtigen Ausschusses müßte schon deswegen aufgehoben werden, um die vielen Indistinktionen zu vermeiden.

Abg. Ledebour (U.Soz.) schließt sich diesen kommunistischen Wünschen an und fordert einen energischen Abbau des Kommissionswesens. Der auswärtige Ausschuss habe keinen Anspruch auf besondere Behandlung.

Der Berichterstatter Abg. Schmidt-Sachsen (Soz.) begründet den Ausschussantrag, nach dem für den auswärtigen Ausschuss der Ausschluß der Öffentlichkeit auch auf die dem Ausschuss nicht angehörenden Reichstagsmitglieder ausgedehnt werden soll.

Unter Ablehnung aller anderen Anträge wird der des Ausschusses angenommen.

Die Beratungen werden dann unterbrochen, um eine Entscheidung darüber herbeizuführen, ob am Montag und Dienstag Sitzungen stattfinden sollen. Die Vertreter der Sozialdemokratie, der Deutschen Volkspartei, der Demokraten und der Kommunisten sprechen sich für Weitertagung aus, während das Zentrum und die Deutschnationalen die Vertagung wünschen. Die Debatte endet damit, daß Abg. Schulz-Bromberg (D.N.) die Beschlußfähigkeit des Hauses anzweifelt. Im Hammersprung wird festgestellt, daß das Haus beschlußfähig ist.

Präsident Löbe beräumt die nächste Sitzung auf Montag nachmittags 5 Uhr an. (Weiterberatung der Geschäftsordnung.) Schluß 1½ Uhr.

SPD. Genosse Künstler hat den Reichswehrminister vor einiger Zeit gefragt, was er gegen die Jährliche zu tun gedenke, die in der Marineschule Mürowitz das Ehrhardt- und Löwenfeld-Lied gesungen haben. Der Minister ließ antworten: „Es ist festgestellt worden, daß die Lieber bei den Vorgängen in der Marineschule am 24. und 25. Juni, die Gegenstand gerichtlicher Untersuchung waren, nicht gesungen worden sind.“ Daraufhin hat Genosse Künstler jetzt folgende Fragen an den Reichswehrminister gerichtet, auf deren Beantwortung man sehr gespannt sein darf:

1. Ist dem Herrn Reichswehrminister bekannt, daß von den Jährlichen das Ehrhardt- und Löwenfeld-Lied am 23. und 24. Juni doch gesungen wurde, welches durch den Zeugen Jährlich Kupper als Tatsache vor Gericht bestätigt und von zwei anderen Zeugen als möglich bezeichnet wurde?

2. Ist der Herr Reichswehrminister gewillt, die Beamten, die ihn durch falschen Bericht zur Abgabe einer unwarnten Auskunft an den Reichstag veranlassen, zur Rechenschaft zu ziehen?

SPD. Der Sozialdemokratische Fraktionsvorstand trat am Sonntag vormittag 10 Uhr im Reichstag zur Besprechung der Lage zusammen.

Nach den englischen Wahlen.

Die Ungerechtigkeit des englischen Wahlsystems ergibt sich aus den jetzt bekanntgewordenen Gesamtstimmzahlen der einzelnen Parteien. Die Konservativen, die von insgesamt 14 Millionen abgegebenen Stimmen etwa 3 1/2 Millionen erhalten haben, würden bei Anwendung des Proportionalwahlrechtes nur etwa 235 Mandate (anstatt 345) im neuen Unterhaus zählen, und weit davon entfernt, über eine starke absolute Mehrheit zu verfügen, müßten sie wahrscheinlich einer Linkskoalition das Feld räumen. Denn die Arbeiterpartei mit rund 4 1/2 Millionen Stimmen hätte eigentlich auf etwa 175 Mandate (statt nur 140) Anspruch, die Unabhängigen Liberalen mit 2 1/2 Millionen beinahe 115 (statt 57) und die Lloyd-George-Liberalen mit 1 1/2 Millionen Stimmen etwa 70 (statt 32).

Es ist eigentlich rätselhaft, wie sich ein politisch so hochentwickeltes Volk wie das englische ein derartiges Wahlrecht überhaupt noch gefallen lassen kann. Aber, wie in so vielen anderen Dingen in England, spielt die Tradition die ausschlaggebende Rolle, und da es drei Jahrhunderte lang immer nur zwei Parteien gegeben hat, wobei natürlich nur die relative Mehrheit entscheidend konnte, hält man an diesem Wahlsystem auch jetzt noch fest, wo drei oder gar vier Parteien gegenüberstehen. Zu welchen Veränderungen der wahren Stimmung des Volkes dieses Wahlsystem insgesamt führt, zeigen die obigen Zahlen. Aber auch in den einzelnen Wahlkreisen kommt man zuweilen zu ganz merkwürdigen Ergebnissen. So lautete z. B. das Resultat in Portsmouth: Konservativ 7668, Lloyd-George-Liberal 7639, Squith-Liberal 7126 und Arbeiterpartei 6126. Der Konservative wurde mit seinen 7 Stimmen Vorsprung gewählt, obwohl er nur knapp mehr als ein Viertel der Wähler hinter sich hatte.

Gewiß könnte diese lottierteartige Ungerechtigkeit wider auch der Arbeiterpartei zunutze kommen und ihr zu einer absoluten Mehrheit verhelfen. Aber, wie der „Daily Herald“ vom Freitag ironisch bemerkt, werden die bürgerlichen Parteien diese Gefahr erkannt haben und nun im eigenen Interesse rechtzeitig dafür sorgen, daß das Wahlsystem abgeändert wird, ehe diese Eventualität eintritt.

Der Erfolg der Arbeiterpartei ist um so bemerkenswerter, als er eigentlich ohne Hilfe einer eigenen Parteipresse erzielt wurde. Zwar hat auch die Labour Party ungeheure Mengen von Plakaten, Flugblättern usw. drucken und verbreiten lassen, aber eine jahrelange, sorgfältige Bearbeitung der Massen durch Presseorgane, ohne die ein erfolgreicher Kampf der sozialistischen Arbeiterpartei in den übrigen europäischen Ländern gar nicht denkbar wäre, hat ihr immer gefehlt. Erst seit Kriegsende besitzt die Arbeiterpartei in „Daily Herald“ ihr eigenes Organ, doch reicht dessen Verbreitung bisher bei weitem nicht aus, um gegenüber der konservativen und liberalen Presse, die über das ganze Land verbreitet ist, die Forderungen und die Ziele der Labour Party so zu propagieren, wie es zu wünschen wäre. Dieser Nachteil wird allerdings zum Teil durch den tief eingewurzelt in den Köpfen der englischen Wähler ausgeprägten, der in normalen Zeiten immer weiß, wohin seine Stimme gehört, auch dann, wenn er Leser der konservativen „Morning Post“ oder der liberalen „Daily News“ ist. Weich einen Vorteil das Vorhandensein eines eigenen Kampfbogens für die Arbeiterpartei bedeutet, zeigt das Beispiel der schottischen Ergebnisse, die für die Labour Party ganz besonders günstig sind. Dies ist wohl nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß in Glasgow ein sozialistisches Wochenblatt „Forward“ existiert und die Politik der Unabhängigen Arbeiterpartei eifrig propagiert.

Überhaupt ist die Zahl der gewählten Mitglieder der Unabhängigen Arbeiterpartei ganz besonders hoch: es dürften etwa 40 von insgesamt 140 Abgeordneten sein, die als vollwertige internationale Sozialisten anzupreisen sind. Zu den noch uns bereits mitgeteilten Namen sind wir erlaubnisweise noch in der Lage, auf Grund der eingelaufenen Londoner Blätter einige bekannte Namen zu nennen: so ist auch der Vorsitzende der Unabhängigen Arbeiterpartei, W. H. Williams, der im vorigen September von den Berliner Gewerkschaftsfunktionären sprach und dem Exekutivkomitee der Berliner Arbeitsgemeinschaft angehört, neu gewählt worden, ebenso Schwell, der ebenfalls an der Gründung der Wiener Arbeitsgemeinschaft teilnahm und von der ÖA nach Graz delegiert worden war, ferner Noel Burton (der Bruder des bereits als gewählter gemeldeten Charles R. Burton). Tom Johnston, der Herausgeber des oben erwähnten Glasgower „Forward“, George Lansbury, der frühere Chefredakteur des „Daily Herald“ etc.

Zwar hat die Arbeiterpartei auch einige schmerzliche Verluste erlitten, insbesondere durch die Niederlage ihres Generalsekretärs Arthur Henderson, des Vorsitzenden der zweiten Internationales. Das gleiche Unglück war ihm auch bei den Abwahlwahlen widerfahren. Aber es ist anzunehmen, daß die Arbeiterpartei, die die großen Führerfiguren des Genossen Henderson schwer entbehren kann, ihn wie damals bei der ersten günstigen Gelegenheit einer Neuwahl wieder aufstellen und so für seine belagerte Stütze im Unterhaus sorgen wird.

London, 15. November. Das jetzt vorliegende Ergebnis der Wahlen an der Londoner Universität bedeutet einen Sieg der Regierung. Der Konservativ Sir Edward Grey (E. Grey) wurde von der Universität, wurde mit 8533 Stimmen gewählt. Sein Gegenkandidat, der liberale Professor Bodley, erhielt 2150 Stimmen, während auf den kommunistischen Kandidaten, der als sozialistischer Kandidat auftrat, 1427 Stimmen entfielen. Drei Wahlkreise, aus denen die Ergebnisse noch ausstehen, waren in dem letzten Unterhaus durch Lloyd-George-Liberalen vertreten. Man erwartet ihre Wiederwahl.

Zur deutschen Reparationspolitik.

Die Zentral-Arbeitsgemeinschaft der Industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands sagte zur Note der Reichsregierung an die Reparationskommission folgende Entschuldigungen:

„Der Generalsekretär der Zentral-Arbeitsgemeinschaft der Industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands hat in diesen Tagen zu den im Zusammenhang mit den Verhandlungen über die Lösung der kriegswirtschaftlichen Fragen in dem Sinne der letzten Note der Reichsregierung an die Reparationskommission möglichst eingehend.“

Die Zentral-Arbeitsgemeinschaft stellt sich dabei auf den Boden des in der Note enthaltenen Programms. Sie erklärt sich bereit, die Regierung bei der Durchführung der geplanten Maßnahmen zu unterstützen und insbesondere alles zu tun, um die deutsche Wirtschaft produktiver zu gestalten. In Anerkennung der Gleichberechtigung von Arbeitgeber und Arbeitnehmer bei der Verhandlung und Lösung von kriegswirtschaftlichen Fragen der Wirtschaft werden die in der Zentral-Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen Verbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gemeinschaftlicher Arbeit dahin zu wirken, daß Mittel und Wege gefunden werden, um die Wirtschaft der Reichsregierung im einzelnen durchzuführen. Die Beschlüsse werden sich dabei von dem Grundsatz leiten lassen, daß in der Wirtschaft ebenso wie in allen Lebensäußerungen eines Volkes das Gesamtinteresse dem Einzelinteresse voranzugehen muß.“

Die Regierungsbildung in Sachsen.

Doktrinarismus oder Arbeiterpolitik?

Wie die Dena meldet, findet am 25. November der Landesparteitag der sächsischen Kommunisten statt, auf dem diese sich über den eventuellen Eintritt in die Regierung zu entscheiden haben werden. Die Kommunisten sind eventuell bereit, in das Kabinett einzutreten, wenn die Sozialdemokraten außerhalb des Parlaments sich auf die Organisation der Betriebsräte stützen. Sie werden dann bestimmte Forderungen als Garantie für ihren Eintritt fordern.

Ueber die Forderungen haben wir bereits besonders berichtet. Die „Leipziger Volkszeitung“ schreibt jetzt zu dieser kommunistischen Politik:

„Ein wesentlicher Teil dieser Forderungen ist deshalb ganz überflüssig, weil sich die Politik der sozialistischen sächsischen Regierung bisher schon in derselben Richtung bewegt. Ein anderer Teil aber ist unzulässig, weil die Kommunisten selbst sehr genau wissen, daß eine sächsische Regierung — sie mag aussehen wie sie will — gar nicht die Macht zu ihrer Durchführung hat. Es klingt wunderbar schön und ist außerordentlich bestechlich für die Arbeiter, zu fordern: Verbilligung der Lebensmittel, Beschaffung ausreichender Wohngelegenheit, Vermögensbeschlagnahme bei den Besitzenden. Aber wie die sächsische Regierung das tun soll, darüber schweigen die kommunistischen Schläumeier oder sie schweigen sich hinter der „Kontrolle durch die Arbeiter“. Diese Kontrolle der Arbeiter könnte höchstens den schon unendliche Male festgestellten Mangel an neuem feststellen, aber die Mittel für die Beilegung der Notstände würden dadurch nicht bereitgestellt, um so weniger, als derartige Instanzen auf die Reichspolitik, die hierbei in Frage kommt, völlig wirkungslos wären. Die ganzen Bedingungen sind also nur geeignet, Verwirrung zu schaffen und die Massen zu täuschen. Und einen solchen Betrug an der Arbeiterklasse zu verüben, muß die Sozialdemokratische Partei ablehnen.“

Die „Sächsische Arbeiterzeitung“ gibt selber zu: „Solange die Verfassung bestehen kann, weil die Gegner der Verfassung noch nicht die Macht haben, sie zu ändern, wird man sie anerkennen. Die Verfassung wird nicht durch diplomatische Tricks und juristische Spitzfindigkeiten durchlöchert, sondern durch einen Machtkampf beseitigt.“

Wenn man das selber zugibt, dann bedeutet die Aufstellung von Forderungen, deren Unvereinbarkeit mit der Verfassung man einseht, nichts anderes als den bewußten Verzicht auf Ausnutzung der Möglichkeiten, die heute für die Arbeiterklasse gegeben sind. Die kommunistische Politik, die auf den von ihnen selbst als unmöglich erkannten gewalttätigen Bruch der Verfassung abzielt, schädigt wie alle „Missionen“ die Arbeiterklasse, da sie nur zu Mißgeschick führen kann. Es muß sich ja bald zeigen, ob nicht doch bei den sächsischen Kommunisten die gerade Verurteilung und der eifrige Wille, etwas für die sächsische Arbeiterklasse Verwertbares durchzusetzen, über Berliner Einflüsse siegen wird.

Das Ende der Nationalsozialisten.

Severing löst die nationalsozialistischen Verbände auf!

SPD. Der preussische Minister des Innern, Genosse Severing, hat für das Gebiet des Reichsaues Preußen die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei und die Nationale Sparvereinsigung in Berlin-Bannsee sowie sämtliche Landesverbände, Bezirks- und Ortsgruppen aufgelöst. In der Begründung werden Einzelfälle angeführt, in denen die Nationalsozialistische Partei sich nicht nur als Gegnerin der republikanischen Staatsform gezeigt, sondern auch bewiesen hat, daß sie unter Anwendung der Gewalt eine Änderung der Staatsform herbeiführen will. Die Verdächtigungen der Nationalsozialisten, die Äußerungen ihrer Presse, der von ihnen ausgegangene Anschlag auf das Mannheimer Städtchen am 3. September 1922, die Verletzung Hilters: 500 Deutsche und unvorjagige Männer, und der Spieß in der Luft, die Anklage, daß die Zeit „für den großen Schlag“ noch nicht gekommen sei, daß man sich aber auf ihn vorbereiten müßte, die Zusammenkünfte der Nationalsozialisten mit den Arbeitern anlässlich ihrer Kundgebung in Koburg und andere Dinge lassen den begründeten Verdacht erkennen, daß es sich hier um eine feindselige Verbindung nicht nur im Sinne des Gesetzes zum Schutze der Republik, sondern auch des Strafrechtlichen handelt.

In der Begründung zum Verbot der Nationalen Sparvereinsigung als deren selbständige Organisation die „Sparvereinsigung Kommern“, die „Sparvereinsigung Berlin“, der „Berein für Arbeiter und Arbeiterinnen“ und der „Berein deutscher Wanderarbeiter“ angeführt sind, wird gesagt, daß es sich hier um eine Fortsetzung der verdorbenen Organisation Koburg handelt. Die Organisation ist militärisch aufgebaut. Ihre Mitglieder sind nicht nur mit Waffen, sondern auch mit Gewehrtrümmern und Dolchmessern ausgerüstet worden.

Der deutsche Faschismus.

Deutschland ist nicht Italien. Nicht jede Erscheinung des italienischen Faschismus ist in Deutschland gleichermaßen möglich. Und doch wäre es verfehlt, wenn man nicht die Arbeit der Hitler, Kappeler-Kunze, Eber und der zahllosen kleinen Agitatoren, die das Land durchziehen, verfolgen würde. Im Rheinland haben sie sich bereits ausgedehnt. Sie treten unter dem Namen einer „Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei“ auf.

Einige Punkte aus dem Programm dieser „Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei“ geben einen Einblick in den Charakter der Bewegung. Ein von der Zentralfelle München herausgegebenes Flugblatt, in dem die Forderungen der Partei verprochen, wenn nötig, unter Einsatz des eigenen Lebens für die Durchsetzung des Programms tätigstos einzutreten, enthält folgende bezeichnende Sätze:

„Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer den eigenen Völkern in ohne Rücksichtnahme auf Konfession, Rasse, Farbe usw. Volksgenosse sein will.“

„Die fortschreitende Parlamentarismus ist eine Schwächung und eine Verwässerung der Staatsmacht.“

„Wir fordern, daß die Staatsverwaltung in erster Linie für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Staatsbürger zu sorgen. Wenn es nicht möglich ist, die Gesamtbevölkerung des Landes zu ernähren, so sind die Angehörigen fremder Nationen (Mittel- und Ostländer) aus dem Lande auszuweisen.“

„Um die Schaffung einer deutschen Rasse zu ermöglichen, fordern wir, daß...“

- a) Sämtliche Schriftleiter und Mitarbeiter von Zeitungen, die in deutscher Sprache erscheinen, Volksgenossen sein müssen,
- b) nichtdeutsche Zeitungen zu ihrem Erscheinen der ausdrücklichen Genehmigung des Staates bedürfen. Sie dürfen nicht in deutscher Sprache gedruckt werden. Verbot der Finanzierung „nichtdeutscher Zeitungen“ u. s. f.

Die Partei als solche vertritt den Standpunkt eines positiven Christentums, ohne sich konfessionell an ein bestimmtes Bekenntnis zu binden. Sie bekämpft den jüdisch-materialistischen Geist in und außer uns und ist überzeugt, daß eine dauernde Genesung unseres Volkes nur erfolgen kann von innen heraus auf der Grundlage: Gemeinnutz vor Eigennutz.

Zur Durchführung alles dessen fordern wir die Schaffung einer starken Zentralgewalt des Reiches. Unbedingte Autorität des politischen Zentralparlamentes über das gesamte Reich und seine Organismen im allgemeinen.

Die Bildung von Stände- und Berufskammern zur Durchführung der vom Reich erlassenen Rahmengesetze in den einzelnen Bundesstaaten.

Die ganze Aktion hat einen stark primitiven sozialistischen oder kommunistischen Einschlag. Sie versucht überall von den Fehlern der Arbeiterbewegung zu leben. Wo zumeist versprochen wurde folgt Enttäuschung. So wie in Italien der Faschismus die Folge hochgepanneter Enttäuschungen ist, so versucht er auch in Deutschland aus primitiven Stimmungen Nahrung zu ziehen. Die kommunistische Agitation gegen die Arbeiterorganisationen steuert ihr oft genug das beste Material. Um so mehr gilt es zu betonen, daß die Arbeiterpartei sich selbstlos zusammenschließt und daß sie sich auf den Boden der Tatsachen stellt. Dazu muß jede reaktionäre Welle genau so zerplittern wie die kommunistische bereits gescheitert ist.

Kleinrentner und Erwerbslose.

Amlich wird mitgeteilt: Im Rahmen der Reichsmaßnahmen zugunsten der notleidenden Kleinrentner sind dem Reichsarbeitsminister Mittel zur Unterstützung allgemeiner Zwecke zur Verfügung gestellt. Er hat diese Mittel vor allem verwendet, um die unter der Teuerung ganz besonders leidenden Heime für alte Kleinrentner zu unterstützen. Bisher wurden für diesen Zweck an Reichsorganisationen der Wohlfahrtspflege, die Altersheime besitzen, insgesamt 27,7 Millionen Mark verausgabt, darunter auch ein erheblicher Betrag zur Unterstützung der Altersheime für Lehrerinnen. Die Beträge sind größtenteils so rechtzeitig ausgezahlt worden, daß sie auch für die Beschaffung von Brennstoffen usw. für den kommenden Winter Verwendung finden konnten.

Der Reichsrat hat am 16. November auf Vorschlag der Reichsregierung eine wesentliche Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung beschlossen, die insbesondere den Erwerbslosen, die eine Familie zu erhalten haben, zugute kommt. Die neuen Sätze sollen am 20. November in Kraft treten.

Der Skandal Graf-Oberland.

München, 18. November. Unter der Ueberschrift „Ein politischer Abenteuerler entlarvt“ nimmt die kommunistische „Bayerische Arbeiterzeitung“ Stellung zu der Angelegenheit Graf-Oberland und erklärt: „Wir sind in der Lage, mit aller Bestimmtheit zu erklären, daß die SPD mit der Angelegenheit nicht das mindeste zu tun hat. Gegen Graf hatten viele Parteigenossen ein ausgeprochenes Mißtrauen, weil er mit großen Summen operierte, über deren Herkunft man sich nicht klar war. Das Mißtrauen, das gegen Graf's Finanzgebarung bestand, gab auch den Ausschlag für seinen Ausschluß aus der SPD. Diesem war bereits die Enthebung Graf's von seinen Parteiämtern vorausgegangen. Die Enthaltungen treffen also die SPD in keiner Weise, da Graf seine Beziehungen zu Oberland hinter dem Rücken der Partei und im schroffen Gegensatz zur politischen Linie der Partei unterhielt. Um so mehr aber ist die SPD blamiert.“

Demgegenüber erklärt Genosse Graf in der „Münchener Post“ u. a.: „Wie jede bürgerliche Partei, wie Duzende von sogenannten nationalen Organisationen für ihre Zwecke von Sympathisierenden Geldbeträge erhalten, so geschah dies auch von der SPD. Die von Römer zur Verfügung gestellte Summe von 350 000 M. wurde im Einverständnis mit dem Vorsitzenden der SPD, nach eingehender Prüfung durch deren Zentrale für die Münchener Arbeiterzeitung verwendet. Lange vor meinem Uebertritt zur Sozialdemokratischen Partei ist die Verbindung zwischen Römer und mir erfolgt.“

Teuerungskundgebungen in Dresden.

Dresden, 18. November.

Heute nachmittag veranstaltete eine Volksmenge, unter der sich viele Erwerbslose befanden, Straßenkundgebungen gegen die Teuerung. In einigen Stadtteilen wurden Lebensmittel- und Konfektionsgeschäfte geplündert. Die Polizei nahm mehrere Verhaftungen vor. Die geraubten Gegenstände und Lebensmittel konnten zum großen Teil wieder herbeigeschafft werden. Die meisten Geschäftsinhaber hatten während der Kundgebung ihre Geschäfte geschlossen. Die Straßenbahn verkehrte nicht, da die Straßenbahner zum Protest gegen die kürzlich erfolgte Entlassung von 400 Beamten und 250 Arbeitern den Betrieb stillgelegt hatten, der erst gegen Abend wieder aufgenommen wurde. Verletzungen sind bisher nicht gemeldet worden. Es herrscht wieder Ruhe.

SPD. Dresden, 18. Nov. (Eig. Drahtber.)

In der vergangenden Woche rief der „Internationale Verband der Kriegs- und Kapitalopfer“ die Erwerbslosen, Sozialrentner, Kriegsbeschädigten und alle Hungernden und Frierenden zu einer Versammlung zusammen, in der unter lebhaftem Beifall zu einer Hungerdemonstration aufgefordert wurde. Heute sammelte sich denn auch eine große Menge an, der Bericht über die ergebnislosen Unterhandlungen beim Ministerpräsidenten, beim Arbeitsminister und beim Stadtrat erstattet wurde. Gefordert wurden Kostsandsarbeiten, Beschaffung von Kleidung, Lebensmitteln und Heizmaterial, sowie Erhöhung der Unterflugsätze. Die Redner forderten die Versammelten auf, diesmal noch von Gewalttaten abzugehen. Wenn nichts geschehe, um die Not zu lindern, müsse bei der nächsten Kundgebung zur Selbsthilfe gegriffen werden.

In der inneren Stadt hatten sämtliche Geschäfte geschlossen und ihre Schaufenster mit eisernen Gittern versehen. Die Straßenbahnen verkehrten nicht. Nach Beendigung des Umzuges strömte die Menge in das reiche Stadtviertel am Hauptbahnhof, wo an einer Konditorei die Fenster Scheiben zertrümmert, der ganze Laden ausgeräumt und die Ware an die Demonstranten verteilt wurde. Ein großer nebenanliegender Luchladen wurde ebenfalls demoliert und ausgeräumt.

Neuer englischer Botschafter in Paris. Die Reuters meldet, daß Marquis Curzon zum britischen Botschafter in Paris an Stelle von Lord Hardinge, der aus dem diplomatischen Dienst ausscheidet, ernannt worden.

Die Not der geistigen Arbeit

Von John Schifowski.

Die soziale Umgestaltung, die sich gegenwärtig in allen Kreisen der deutschen Bevölkerung vollzieht, kennzeichnet auch die Lage der sogenannten Geistesarbeiter: Reichtum weniger einzelner auf der einen, Massenelend auf der anderen Seite und ein allmähliches Verschwinden des Mittelstandes. Eine ganz kleine Elite von Gelehrten, Schriftstellern und Künstlern, die mit dem Kapital eines weitberühmten Namens arbeitet, besteht Militärbaronein, ein etwas größerer, aber von Tag zu Tag sich verringender Kreis führt ein allerdings erträgliches, aber unsicheres Dasein, dessen materielle Grundlagen jederzeit zusammenbrechen können, und der Rest, die große Masse der deutschen geistigen Arbeiter ist dem Elend reitungslos verfallen. Zu dieser Masse gehören aber nicht etwa nur die Minderwertigen und Unfähigen, sondern es zählt zu ihr die wichtige Schicht derer, die berufen sind, die gegenwärtige geistige Kultur Deutschlands zu stützen und auszugestalten und für das Geistesleben der Zukunft die Fundamente zu legen: die stillen Arbeiter am Schreibtisch und im Atelier, die heute noch auf dem Wege zum Ruhme sind, die den Lorbeer wohl verdienen, aber noch nicht errungen haben, und vor allem die intellektuelle und künstlerische Jugend, auf der die Zukunftshoffnungen Deutschlands beruhen. Ihre Kraft und Schaffensmöglichkeit wird gelähmt und zermürbt im ausschließlichen Kampf um das materielle Dasein, eine ständig wachsende Zahl von ihnen legt Feder, Pinsel und Meißel beiseite und sucht in praktischen Berufen, in der Fabrik oder im Bureau ihren Lebensunterhalt zu erwerben. Sie preist sich glücklich, wenn es ihr gelingt, eine Arbeit zu finden, die Millionen andere ebenso gut oder besser verrichten können, und läßt die Fähigkeiten ungenutzt, durch die sie der deutschen Kultur unschätzbare Dienste zu leisten berufen ist.

Wir wollen uns bei der Betrachtung dieses Zustandes jeder Sentimentalität enthalten. Hunger, Elend und Sorge des Handarbeiters sind ebenso tragisch wie die des Geistesarbeiters, und der Gelehrte, der Dichter und Künstler hat kein Recht, für sich und seine materielle Lage eine Bevorzugung zu beanspruchen. Unter Ausschaltung aller rein menschlichen Gefühle, nur vom nüchtern praktischen, politischen Standpunkt aus betrachtet, müssen wir aber den bevorstehenden Untergang der geistig arbeitenden Schicht unserer Volksgenossen als eine der allergrößten Gefahren werten, die Deutschland und die deutsche Nation gegenwärtig bedrohen. Es steht hier unendlich viel mehr auf dem Spiel als das Lebensglück von ein paar tausend Individuen und Familien. Es handelt sich hier um die große, die weltgeschichtliche Frage: Wird Deutschland das einzige Gut, das es aus dem furchtbaren äußeren Zusammenbruch gerettet hat, wird es seine geistige Kultur, seine Wissenschaft und Kunst erhalten und weiter ausbauen können, durch die es noch heute in Kreise der Völker als große und achtunggebietende Macht dasteht? Gelingt es uns nicht, diese Frage im positiven Sinne zu lösen, so hat die Welt einen unerlässlichen Verlust erlitten, Deutschland aber das letzte eingebüßt, was es heute noch frei und unbeschränkt besitzt und was der großen Mehrheit der heutigen und vor allem der zukünftigen Generation das Leben lebenswert machen kann. Denn alle politischen und sozialen Errungenschaften, die die Revolution dem deutschen Volk gebracht hat und, wie wir zurecht hoffen, in immer steigendem Maße noch bringen wird, haben keinen Sinn und sind keinen Pfifferling wert, wenn aus ihnen heraus nicht eine neue deutsche Menschheit erwacht, die den Namen eines führenden modernen Kulturvolkes verdient. Die Revolution konnte nur die Fundamente legen, nur die materielle Möglichkeit geben. Diese Möglichkeiten auszunutzen, das Fundament durch einen idealen Oberbau zu krönen, ist die Aufgabe der Gegenwart und Zukunft. Gelingt es dem deutschen Volk nicht, diese Aufgabe zu lösen, so bleibt als Ergebnis der Revolution nichts weiter übrig als eine Ruine, die im Laufe der Zeit unrettbar zerbröckeln und verfallen muß da ihr die letzte Bollendung, das fröhliche und schützende Dach, mangelt. Denn wo der geistige Inhalt fehlt, ist kein höheres Leben und keine Weiterentwicklung denkbar, und das unausbleiblich drohende Ende ist stumpfes Hinvegetieren, Erstarrung und Tod.

Den praktischen Realpolitiker, der für die Bedürfnisse des Tages zu sorgen hat, mögen solche Zukunftsbilder vielleicht nicht sonderlich rühren. Darum sei in Kürze auch auf die rein materielle, wirtschaftliche Seite der Frage hingewiesen.

Was die Pflege der Wissenschaften, was Entdeckungen und Erfindungen etwa auf dem Gebiet der Physik, Chemie und Technik für die Volkswirtschaft bedeuten, ist jedermann klar. Hier können durch eine einzige wissenschaftliche Tat Werte geschaffen werden, die die materielle Lage Deutschlands sehr wesentlich verbessern. Es kann die Erzeugung von Gütern ermöglicht werden, deren die ganze Welt bedarf und durch deren Herstellung die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie in viel wirksamerer Weise gesteigert werden kann, als durch Hungerlöhne und Zechnstundenarbeitszeit. Die Grundlagen der exakten Wissenschaften sind gegenwärtig in einem radikalen Umwandlungsprozeß begriffen; jeder Tag kann ein Wunder zeitigen, das

unser Ernährung, unsere Bekleidung und unser Wohnwesen auf eine ganz neue, bisher ungeahnte Basis stellt. Will Deutschland auf diese Ausblicke, die keineswegs in Wolkenkuckuckshorn, sondern in sehr realer, aktueller Nähe liegen, Verzicht leisten, indem es seinen Gelehrten die Möglichkeit nimmt, zu forschen und zu experimentieren? Mit den exakten Wissenschaften aber hängen die sogenannten Geisteswissenschaften aufs engste zusammen, beide Gruppen bilden ein untrennbares, organisches Ganzes. Man weiß, welche entscheidenden Anregungen selbst eine so „unpraktische“ Wissenschaft wie die Philosophie der modernen naturwissenschaftlichen Forschung gegeben hat. Der Zusammenbruch der deutschen Gelehrtenarbeit, der unausbleiblich ist, wenn man die Dinge so weiter gehen läßt wie bisher, würde uns unschätzbare wirtschaftlicher Werte für Gegenwart und Zukunft berauben.

Und wie steht es mit den Künsten? Sie repräsentieren ideale Faktoren, die den Alltag verklären und den Menschenleben Lebenslust und Lebenskraft einflößen, damit auch den Schaffensmut und die Schaffenskraft stärken — Fähigkeiten, deren wir heute mehr bedürfen als je zuvor. Daneben aber produzieren sie direkt wirtschaftliche Werte, die man nicht unterschätzen soll. Die modernste deutsche Kunst hat sich während ihrer erzwungenen Isolierung in den Kriegsjahren zu einer ganz eigenartigen, völlig selbständigen Blüte emporgehoben. Es hat sich überaus reich gezeugt, daß der neue Geist, der die Kunst der europäischen Kulturvölker beherrscht, nirgends zu einer so kraftvollen und konsequenten Entfaltung gelangt ist wie in Deutschland. Die Führung, die bis zum Kriege Frankreich innehatte, muß es jetzt an Deutschland abtreten — eine der wenigen für uns glücklichen Folgen des Krieges, die noch lange nicht genügend gewürdigt und von den entscheidenden Stellen bisher fast gar nicht ausgeutzt wurde. Die Ausfuhr moderner deutscher Kunstwerke nimmt ständig zu. Namentlich das valutastarke Amerika spielt als Käufer eine bedeutende Rolle. Unsere jungen Architekten müssen sich darauf beschränken, mit Lineal und Reißfeder zu arbeiten. Ihre genialsten Schöpfungen ruhen in Mappen in einem Winkel ihres Ateliers. Wenn ihnen Gelegenheit gegeben würde, draußen bekannt zu werden, könnten sie das Ausland mit Werken einer ganz neuen Baukunst begeistern und dem Inland Werte aufstapeln lassen, die unser verarmtes Land zu schätzen wüßte. Inzwischen liegt die Schaffenskraft der deutschen Architekten brach und zahlreiche hochbegabte Maler und Plastiker müssen feiern, weil sie das Arbeitsmaterial nicht anschaffen können.

Über Not und Elend lastet nicht nur auf den Höfen der geistigen Kultur, nicht nur auf den Wissenschaften und Künsten. Auch die bescheidenen Kreise der Geistesarbeiter erliegen dem Druck. Von der Not der Presse ist gerade in diesen Wochen wieder viel die Rede. Das Sterben der Zeitungen bildet eine ständige Rubrik in unseren Tagesblättern. Nur wenige Leser dürften ein Gefühl für die Tragik haben, die in jeder derartigen Todesanzeige liegt. Das Eingehen einer Zeitung oder die Einschränkung ihres Betriebes bedeutet regelmäßig für eine Anzahl Arbeiter, Angestellte und Redakteure den unumkehrbaren Verlust von Arbeit und Brot. Die Redakteure, die bis dahin durch ihre feste Stellung wenigstens ein gesichertes, wenn auch meistens geringfügiges Einkommen hatten, können nun sehen, wie sie sich als sogenannte „freie Schriftsteller“ durchschlagen. Und durchschlagen bedeutet hier stets durchhungern. Denn keiner Gruppe der geistigen Arbeiter geht es heutzutage so elend, wie den freien Mitarbeitern an unseren Zeitungen und Zeitschriften. Kein Wunder, daß ihr Kreis von Tag zu Tag kleiner wird. Wer es irgend kann, geht zu einem anderen Beruf über. Zahlreiche begabte und kenntnisreiche Journalisten sind heute glücklich, wenn sie als Bureauverwalter oder als Fabrikarbeiter Unterkunft finden. Was dieser Verlust an tätigen geistigen Kräften und was die Einschränkungen der Zeitungsbetriebe für die politische und allgemeine Kultur des deutschen Volkes bedeutet, braucht nicht näher besprochen zu werden. — Wie lange noch wollen die berufenen Instanzen untätig zusehen oder mit Erwägungen und Bertröstlungen sich und andere täuschen?

Der Reichstag beschäftigt sich in diesen Tagen mit der Not der Wissenschaft. Er behandelt nur einen Teil des großen Problems, dessen Lösung eine Lebensfrage für die deutsche Kultur und für die Zukunft des deutschen Volkes ist, und es hat vorläufig nicht den Anschein, als wenn etwas wirklich Entscheidendes unternommen werden wird. Die Stunde scheint noch nicht gekommen zu sein, wo die, die helfen müssen, das Problem in seiner ganzen verhängnisvollen Größe erkannt haben und sich der Schwere ihrer Verantwortung bewußt geworden sind.

Ein kommunistisches Verständnis.

In der Moskauer „Zwestija“ vom 3. November finden wir anlässlich der faschistischen Umwälzung in Italien folgende interessanten Betrachtungen:

„Die Angst, die der Bolschewismus in Italien weckte, war eine Realität, und die Schuld der Maximalisten be-

steht darin, daß sie der Reaktion jene psychologischen und politischen Argumente lieferten, mit deren Hilfe sie die große Menge der Vertreter der mittleren und kleinen Bourgeoisie sowie auch der Arbeiter mit sich rief, deren Interessen mit den Wünschen der Plutokraten und Gegenrevolutionäre keineswegs identisch waren.“

Das offizielle Organ der Sowjetregierung gesteht also offen ein, daß die fehlerhafte Politik der italienischen Kommunisten der faschistischen Reaktion die Waffen lieferte, mit deren Hilfe sie nun den Sieg errungen hat. Das Blatt geht aber noch weiter. Es erklärt, daß die Spaltung der italienischen sozialistischen Partei und die Orientierung ihrer Mehrheit in der Richtung der Dritten Internationalen den Faschismus in Italien noch mehr verstärkt haben. Eine schärfere Beurteilung der kommunistischen Politik als dieses Bekenntnis des amtlichen Organs der Sowjetregierung kann man sich kaum vorstellen.

Deutsche Studenten.

Die Mehrheit des Ausschusses der Berliner Studentenschaft weigerte sich, Gerhart Hauptmann zu ehren, weil er Republikaner sei und darum nicht mehr als charaktervoller Deutscher gelten könnte.

Solcher Vorfälle verpflichtet zu ethischen Fragen, die Genosse Robert Bauer im neuesten Heft der „Glocke“ aufwirft: 1. Was wäre geschehen, wenn Studenten Derartiges im kaiserlichen Deutschland erklärt hätten? 2. Wer ist denn dieser „Ausschuß“; wie wurde er; welche Bedeutung hat er, tagt er in den Räumen der Universität? 3. Was gedenkt der Kultusminister gegen diesen Ausschuß zu tun? 4. Wieviel kostet der preussischen Republik durchschmittlich jeder Student und welche Veranlassung hat die Republik, ihre Studenten zu unterstützen? 5. Würden diese tapferen Protestler nicht ihre Namen nennen, damit die Republik sie dafür beschützen kann, später etwamals als Richter, Gymnasiallehrer oder Universitätsprofessor zu Brotempfängern des verachteten Staates zu werden? U. v. m. a.!

Arbeitslosenfundgebung in London.

London, 18. November.

Zwischen 20 000 bis 25 000 Arbeitslose bewegten sich gestern nach dem Hyde-Park, wo sie Arbeit und Unterhalt forderten. Sie sandten eine Abordnung nach Downing Street, um beim Premierminister den Empfang einer Deputation am nächsten Mittwoch zu erbitten. Bonar Law weigerte sich, die Abordnung zu empfangen, und übertrug dem Wohlfahrtsminister, die Wünsche der Arbeitslosen entgegenzunehmen. Er hat ihn dann, auch am nächsten Mittwoch im Namen der Regierung die Deputation zu empfangen. Die Arbeitslosen erklärten sich mit der ablehnenden Haltung des Premierministers nicht einverstanden, und beharrten weiter darauf, von Bonar Law empfangen zu werden. Die Lage nahm einen drohenden Charakter an. Unter der Menge befanden sich auch ungefähr 2000 Leute, die aus verschiedenen Teilen des Landes gekommen waren.

Devisen-Kurse.

Berlin, 20. November.

Amliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

18. November. 17. November.

Amsterdam	1 fl.	2743.12	2593.50
Brüssel (Antwerpen)	1 Frs.	458.85	426.93
Kristiania	1 Kr.	1271.80	1216.95
Kopenhagen	1 Kr.	1411.45	1326.70
Stockholm	1 Kr.	1875.30	1765.60
Helsingfors	1 finn. Mk.	175.56	164.58
Rom	1 Lire	926.18	311.71
London	1 £	31171.87	29326.50
New York	1 Doll.	8982.50	8608.43
Paris	1 Frs.	493.75	461.34
Zürich	1 Frs.	1294.25	1226.92
Madrid	1 Pesetas	1067.32	1012.46
Wien	100 Kr.	9.27	9.77
Prag	1 Kr.	228.44	209.47
Budapest	100 Kr.	2.84	—

Spätlinghof.

Roman von Kurt von der Eider.

12. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Stil und geduldig, wie ein Hund, der viel geschlagen wird, ertragt sie seine Behandlung; aber abends, wenn sie in ihrem großen Bette lag, weinte sie ihr Kissen naß.

„Ja, wie sie litt. Sie machte ihm eine grausame Freude, sie zu quälen. Auf diese Weise wollte er sie gefügig machen. Er wollte Tine, wie nur ein gesunde, warmblütige und sinnlich veranlagter junger Mann ein schönes junges Mädchen lieben kann. Es zog ihn zu ihr hin, seine Sinne verlangten nach ihr. Er, der sonst jeden Sonntagabend bei Be Rühl auf dem Tanzboden sich die Mühschritte ausgeleckt hatte, jedesmal eine andere zum Buntgehen führte, fand jetzt an keiner der drallen Dienstbeurten gefallen. In jeder hatte er etwas auszusetzen; keine genügte ihm zu tanzelndem Liebespiel. Jetzt blieb er an der Tonbank stehen, lag mit finsternem Gesicht dem Tische zu und ging, nachdem er ein paar Glas Grog getrunken hatte, nach Hause.“

Wenn er dann in der Küche noch Licht sah, ersahte ihn mitunter eine heftige Luft, zu Tine hinzugehen, aber er beherrschte sich. „Ihre Stunde ist noch nicht gekommen“, murmelte er.

Eines Tages war der Bulle des Nachbarn von Backhof ausgebrochen. Mehrere Männer mit Rottfäden und Forken stellten sich dem wütenden Tiere in den Weg.

Tine stand dicht hinter Jan, wie vor Entsetzen angewurzelt. Sie sah Jan auf das Tier zugehen. Er hatte nichts in der Hand, stieß und durchbohrte ihn er das Tier an.

„So wie er mich manchmal ansieht“, dachte Tine. „Jetzt befreit er ihn. O Gott, was macht er für Augen! Jetzt hat er sie. Er kann hegen!“

Wirklich ließ sich das Tier an den Hörnern ergreifen und fortführen.

„Der hat Courage!“ hieß es unter den Männern. Tine aber ging zitternd ins Haus. Sie dachte: „Das kann kein anderer Mann.“

Von diesem Tage an war ihre Furcht vor Jan noch größer geworden. „Nur ich vor dem Beherrschenden“ nannte es das Märchen; anders konnte sie sich den magischen Bann, mit dem Jan sie von Tag zu Tag mehr umstrickte, nicht erklären.

Alle vier Wochen hatte Tine einen freien Sonntagmorgen. Sie ging dann gewöhnlich gleich nach dem Abwachen fort nach dem Feld und kehrte zur Schlafenszeit zurück.

Als Tine kam, sah auch die alte Schöne schon neben der Mutter an dem Tisch in ihrem Sonntagsstaat und dem neuen schwarzen Mäuschen.

Sie ließen sich Zeit beim Essen und Trinken, und die große Kanne wurde allmählich leerer, und der Teller mit Messen wurde leerer. Als sie endlich satt waren, wuschte Schöne sich die fettig gewordenen Finger mit ihrem rotbaumwollenen Tuch ab und zog die Karten aus der Tasche.

„So, mein Deern“, sagte sie, nun paß auf, was es gibt. Ich will mal mischen. Nimm ab. So. Nun mußt du aber deine Gedanken bei der Sache haben. — Sieh mal. Eins, zwei, drei, vier, da die Herzfrau, das bist du, und du drehst ihm den Rücken. Da, der Piffbauer liegt bei dir. Aber dich bei ihm liegt die Piffrau. Was liegt denn dazwischen? Tod? Unglück. So 'ne tramsche Karten! Deern, ich glaube, du hast deine Gedanken nicht dabei.“

„Doch, Ode, ich habe an nichts anderes gedacht“, versicherte Tine mit zitternden Augen.

Schöne raffte die Karten zusammen. „Ich will sie noch mal mischen. — Wieder dasselbe. — Aber da liegt Rutenbauer. Es liegt viel dazwischen, aber dich bei ihm liegt die Hochzeit und denn — na, es wird schon alles gut werden.“

Annorhjen hatte nur das Wort Hochzeit gehört. „Na, das ist nett, Schöne, daß sie Tine noch was Gutes prophezeien. Das Schlegle braucht man all gar nicht zu wissen, das braucht all gar nicht einzutreffen. Untereinem geht es ja so wie so schlecht. Aber kann Nahe denn nicht herausfinden, wer das ist, der Tine freien soll. Ob es einer von den Spätlinghöfen ist? Denk doch an, Tine, wenn du einen von den Jungens kriegest!“

Tine dachte an Jan. „Nieber hänge ich mich auf!“ sagte sie und prekte die Rippen aufeinander.

„Wer es ist, kann ich nicht sagen“, versetzte Schöne, aber ihr Lebensweg geht weit ab von der Stelle, wo sie steht.“

„Das wäre das!“ sagte Annorhjen. „Nun mische mal gehörig, Nahe, nun komme ich an die Reihe. Warum sollte da nicht was für mich drinstecken? Ich bin doch noch keine alte Frau. Aber recht was Schönes, Schöne. Das Schlegle kommt von selbst, da kann man doch nichts gegen tun.“

Schöne seufzte. „Na, wenn man das Unglück möten könnte, wie ein läppischlaufend Pferd! Ich habe meinem armen Niels-Jungen, ob er gleich mein leibhaftiger Tochterjohn ist, doch viel Kummer und Herzeleid aus den Karten prophezeien müssen. Nun sitzt der arme Junge in dem großen Dithmarschen einsam und verlassen!“ Sie wuschte sich mit dem Schürzenzipfel die nassen Augen.

Während Schöne Sönsen der Mutter die Karten legte, war Tine aus offene Fenster getreten. Sie sah hinaus in den Gar-

ten, auf den blauen Lavendel und die blühenden Feuerlilien. Ihr war's, als ob hinter der Weißdornhecke Niels Sönsens Wuschelkopf auftauchte und eine Stimme ihr ins Ohr flüsterie: „Tine, ich hab' dich gräßlich lieb.“

„Ja, ja, Nahe, eine Hochzeit liegt darin, aber sie liegen noch weit auseinander.“ tönte vom Tisch her Schönes Stimme. Etwas verstimmt erwiderte Annorhjen: „Aber Nahe, ich bin doch eine alte Frau und dann ein Mann mit Geld? Wie sollte der mich arme Witfrau wohl nehmen? Miß noch mal Nahe, miß noch mal.“

Am diesem Abend ging Tine früher als sonst fort. Eine qualvolle Unruhe hatte sie erfaßt. Es litt sie nicht mehr bei den schwabendem Frauen. Sie lief vor die Haustür und spähte den Weg entlang; sie eilte in den Garten bis an das äußerste Ende, wo Kälberrohr und Nesseln wuchsen. Endlich setzte sie ihren schwarzen Schürzenhut auf, sagte hastig Wied und ging.

Flüchtigen Schrittes eilte sie dahin, vorbei an den blühenden Hecken, den wogenden Kornfeldern. Als sie dann in die Mark lag und ihr die weiße, grüne Fläche entgegenleuchtete, hemmte sie ein wenig den raschen Schritt und atmete in vollen Zügen die frische, feuchtkalte Markluft ein.

Schon begannen vom fernen Westen her die Nebel zu walden. Träumend ging Tine weiter. Sie sah im Geiste zwei dunkle Augen vor sich auftauchen; aber Niels Sönsens Augen waren es nicht.

Als sie bei Spätlinghof anlangte, stand Jan, den Rücken dem Wege zugewandt, am Eingange der Trift. Mit dem einen Arm lehnte er am Heppfahl. Die andere Hand hielt die kurze Pfeife. Er stieß kurze dicke Rauchwolken aus und starrte ins Weite. Als Tine dicht an ihm vorübertrieb, sah er sich nicht um; er antwortete auch nicht auf ihr schlüchternes „Guten Abend!“

In Times Augen quoll es heiß auf; ihre Arme bebten. Fliegenden Schrittes hüchste sie über den Hof und schlüfte durch die Hintertür ins Haus. Niemand begegnete ihr; Niels war längst zu Bett und Jan war fortgegangen.

„Nun doch das Feuer in der Küche zuzucken“, dachte Tine, „dann lege ich mich aufs Bett und weine mich satt. Ach, ich unglückliches Mädchen!“

Jan hatte Tine wohl gesehen. Er hatte auch die Blut gelehren, die auf ihren Wangen brannte, und die zurückgehaltenen Tränen, die in den Augen schimmerten. Er hatte den heißen, zitternden Ton in ihrer Stimme gehört, und ein Triumphgefühl schwellte seine Brust.

Fortsetzung folgt.

2. Ist der Herr Reichswehrminister gewillt, die Beamten, die ihn durch falschen Bericht zur Abgabe einer unwahren Auskunft an den Reichstag veranlaßten, zur Rechenschaft zu ziehen?

SPD. Der Sozialdemokratische Fraktionsvorstand trat am Sonntag vormittag 10 Uhr im Reichstag zur Besprechung der Lage zusammen.

Nach den englischen Wahlen.

Die Ungerechtigkeit des englischen Wahlsystems ergibt sich aus den jetzt bekanntgewordenen Gesamtergebnissen der einzelnen Parteien. Die Konservativen, die von insgesamt 14 Millionen abgegebenen Stimmen etwa 5 1/2 Millionen erhalten haben, würden bei Anwendung des Proportionalwahlrechtes nur etwa 235 Mandate (anstatt 345) im neuen Unterhaus zählen, und weit davon entfernt, über eine absolute Mehrheit zu verfügen, müßten sie wahrscheinlich einer Linkskoalition das Feld räumen. Denn die Arbeiterpartei mit rund 4 1/2 Millionen Stimmen hätte eigentlich auf etwa 175 Mandate (statt nur 140) Anspruch, die Unabhängigen Liberalen mit 2 1/2 Millionen beinahe 115 (statt 57) und die Lloyd-George-Liberalen mit 1 1/2 Millionen Stimmen etwa 70 (statt 32).

Es ist eigentlich rätselhaft, wie sich ein politisch so hochentwickeltes Volk wie das englische ein derartiges Wahlrecht überhaupt noch gefallen lassen kann. Aber, wie in so vielen anderen Dingen in England, spielt die Tradition die ausschlaggebende Rolle, und da es drei Jahrhunderte lang immer nur zwei Parteien gegeben hat, wobei natürlich nur die relative Mehrheit entscheidend konnte, hält man an diesem Wahlsystem auch jetzt noch fest, wo drei oder gar vier Parteien gegenübersitzen. In welchen Verhältnissen der wahren Stimmung des Volkes dieses Wahlsystem insgesamt führt, zeigen die obigen Zahlen. Aber auch in den einzelnen Wahlkreisen kommt man zuweilen zu ganz merkwürdigen Ergebnissen. So lautete z. B. das Resultat in Portsmouth: Konservativ 7666, Lloyd-George-Liberal 7659, Fourth-Liberal 7126 und Arbeiterpartei 6126. Der Konservativ wurde mit seinen 7 Stimmen Vorprung gewählt, obwohl er nur knapp mehr als ein Viertel der Wähler hinter sich hatte.

Gewiß könnte diese lichterleuchtende Ungerechtigkeit später auch der Arbeiterpartei zumute kommen und ihr zu einer absoluten Mehrheit verhelfen. Aber, wie der „Daily Herald“ vom Freitag ironisch bemerkt, werden die bürgerlichen Parteien diese Gefahr erkannt haben und nun im eigenen Interesse rechtzeitig dafür sorgen, daß das Wahlsystem abgeändert wird, ehe diese Eventualität eintritt.

Der Erfolg der Arbeiterpartei ist um so bemerkenswerter, als er eigentlich ohne Hilfe einer eigenen Parteipresse erzielt wurde. Zwar hat auch die Labour Party ungeheure Mengen von Plakaten, Flugblättern usw. drucken und verbreiten lassen, aber eine jahrelange, tägliche Bearbeitung der Massen durch Presseorgane, ohne die ein erfolgreicher Kampf der sozialistischen Arbeiterpartei in der übrigen europäischen Ländern gar nicht denkbar wäre, hat ihr immer gefehlt. Ein leit. Kriegsgerde besitzt die Arbeiterpartei ihr „Daily Herald“ ihr eigenes Organ, doch reicht dessen Verbreitung bisher bei weitem nicht aus, um gegenüber der konservativen und liberalen Presse, die über das ganze Land verbreitet ist, die Forderungen und die Ziele der Labour Party so zu propagieren, wie es zu wünschen wäre. Dieser Nachteil wird allerdings zum Teil durch den tief eingewurzelteten Klasseninstinkt des englischen Proletariats ausgeglichen, der in normalen Zeiten immer weiß, wofür seine Stimme gehört, auch dann, wenn er Leser der konservativen „Morning Post“ oder der liberalen „Daily News“ ist. Welch einen Vorteil das Vorhandensein eines eigenen Kampfbogens für die Arbeiterpartei bedeutet, zeigt das Beispiel der spanischen Ereignisse, die für die Labour Party ganz besonders günstig sind. Dies ist wohl nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß in Spanien ein sozialistisches „Formosa“ existiert und die Politik der Unabhängigen Arbeiterpartei eifrig propagiert.

Überhaupt ist die Zahl der gewählten Mitglieder der Unabhängigen Arbeiterpartei ganz besonders hoch: es dürften etwa 40 von insgesamt 140 Arbeiterabgeordneten geben, die als vollwertige internationale Sozialisten anzuzählen sind. In den von uns bereits mitgeteilten Namen sind wir erstensweise noch in der Lage, auf Grund der eingelangten Londoner Blätter einige bekannte hinzuverfügen: so ist auch der Vorsitzende der Unabhängigen Arbeiterpartei Wallace, der im vorigen September von den Berliner Gewerkschaftsfunktionären Ulrich und dem Exekutivkomitee der Berliner Arbeitergemeinschaft angehört, neu gewählt worden, ebenso Schinwell, der ebenfalls an der Gründung der Wiener Arbeitergemeinschaft teilnahm und von der K. P. nach Genf delegiert werden war, ferner Noel Burton (der Bruder des bereits als gewählt gemeldeten Charles Robo Burton), Tom Johnston, der Herausgeber des oben erwähnten „Glasgow Formosa“, George Lamburn, der frühere Chefredakteur des „Daily Herald“ ist.

Zwar hat die Arbeiterpartei auch einige parlamentarische Vorteile erlitten, insbesondere durch die Niederlage ihres Generaldirektors Arthur Henderson, des Vorsitzenden der zweiten Internationale. Das gleiche Mißgeschick war ihm auch bei den Abstimmungen widerfahren. Aber es ist unannehmlich, daß die Arbeiterpartei, die die großen Führerschaften des Gewerkschaftsbundes immer anführen kann, ihn nie damals bei der ersten günstigen Gelegenheit einer Nachwahl wieder aufstellen und so für seine baldige Rückkehr ins Unterhaus sorgen wird.

Vom 10. November. Das jetzt vorliegende Ergebnis der Wahlen an der Londoner Universität bedeutet einen Sieg der Regierung. Der Konservativ Sir Sidney Buxton (der Bruder des Unterhauses) wurde mit 3833 Stimmen gewählt. Sein Gegenkandidat, der liberale Professor Rolton, erhielt 2153 Stimmen, während auf den Romanistenschüler Wells, der als sozialistischer Kandidat auftrat, 127 Stimmen entfielen. Drei Wahlkreise, aus denen die Ergebnisse noch ausstehen, waren in dem letzten Unterhaus durch Lloyd-George-Liberalen vertreten. Man erwartet ihre Wiederwahl.

Zur Deutschen Reparationspolitik.

Die Zentral-Arbeitsgemeinschaft der Industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands fasste zur Rolle der Reichsregierung an die Reparationskommission folgende Empfehlung:

„Der Zentralvorstand der Zentral-Arbeitsgemeinschaft der Industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands hat in diesen Tagen zu den bestehenden wirtschaftspolitischen Fragen Stellung genommen. Das Ergebnis der Verhandlungen kann dahin zusammengefaßt werden, daß dem Zentralvorstand die Lösung der bestehenden Fragen in dem Sinne der letzten Rolle der Reichsregierung an die Reparationskommission möglich erscheint.“

Die Zentral-Arbeitsgemeinschaft stellt sich daher auf dem Boden des in der Rolle enthaltenen Programms. Sie erklärt sich bereit, die Regierung bei der Durchführung der geplanten Maßnahmen zu unterstützen und ihr alles zu tun, um die deutsche Wirtschaft produktiver zu gestalten. In Anerkennung der Gleichberechtigung von Arbeitgeber und Arbeitnehmer bei der Behandlung und Lösung von grundsätzlichen Fragen der Wirtschaft werden die in der Zentral-Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen Verbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gemeinsamer Arbeit dafür zu wirken, daß Mittel und Wege gefunden werden, um die Vorschläge der Reichsregierung im einzelnen durchzuführen. Die Verbände werden sich dabei von dem Grundsatz leiten lassen, daß in der Wirtschaft ebenso wie in allen Lebensbedingungen eines Volkes das Gesamtinteresse dem Einzelinteresse voranzugehen muß.“

Die Regierungsbildung in Sachsen.

Doktrinarismus oder Arbeiterpolitik?

Wie die Dena meldet, findet am 25. November der Landesparteitag der sächsischen Kommunisten statt, auf dem diese sich über den eventuellen Eintritt in die Regierung zu entscheiden haben werden. Die Kommunisten sind eventuell bereit, in das Kabinett einzutreten, wenn die Sozialdemokraten außerhalb des Parlaments sich auf die Organisation der Betriebsräte stützen. Sie werden dann bestimmte Forderungen als Garantie für ihren Eintritt fordern.

Ueber die Forderungen haben wir bereits besonders berichtet. Die „Leipziger Volkszeitung“ schreibt jetzt zu dieser kommunistischen Politik:

„Ein wesentlicher Teil dieser Forderungen ist deshalb ganz überflüssig, weil sich die Politik der sozialistischen sächsischen Regierung bisher schon in derselben Richtung bewegt. Ein anderer Teil aber ist unzulässig, weil die Kommunisten selbst sehr genau wissen, daß eine sächsische Regierung — sie mag ausfallen wie sie will — gar nicht die Macht zu ihrer Durchführung hat. Es klingt wunderbar und ist außerordentlich bestechlich für die Arbeiter, zu fordern: Verbilligung der Lebensmittel, Beschaffung ausreichender Wohngelegenheit, Vermögensbeschlagnahme bei den Reichenden. Aber wie die sächsische Regierung das tun soll, darüber schwiegen die kommunistischen Schlaumeier oder sie verjähren sich hinter der „Kontrolle durch die Arbeiter“. Diese Kontrolle der Arbeiter könnte höchstens den schon unendlichen Male die Befestigung der Reichstände würden dadurch nicht bereitzustellen, um so weniger, als derartige Instanzen auf die Reichspolitik, die hierbei in Frage kommt, völlig wirkungslos wären. Die ganzen Bedingungen sind also nur geeignet, Verwirrung zu schaffen und die Massen zu täuschen. Und einen solchen Beitrag an der Arbeiterklasse zu verüben, muß die Sozialdemokratische Partei ablehnen.“

Die „Sächsische Arbeiterzeitung“ gibt selber zu: „Solange die Verfassung bestehen kann, weil die Gegner der Verfassung noch nicht die Macht haben, sie zu ändern, wird man sie anerkennen. Die Verfassung wird nicht durch diplomatische Tricks und juristische Spitzfindigkeiten durchbrochen, sondern durch einen Machtkampf befeitigt.“

Wenn man das selber zugibt, dann bedeutet die Aufstellung von Forderungen, deren Unvereinbarkeit mit der Verfassung man einfach, nichts anderes als den bewußten Versuch auf Ausnutzung der Möglichkeiten, die heute für die Arbeiterklasse gegeben sind. Die kommunistische Politik, die auf den von ihnen selbst als unmöglich erkannten gewalttätigen Bruch der Verfassung abzielt, schädigt wie alle „Aktionen“ die Arbeiterklasse, da sie nur zu Rückschlüssen führen kann. Es muß sich ja bald zeigen, ob nicht doch bei den sächsischen Kommunisten die gerade Vernunft und der ehrliche Wille, etwas für die sächsische Arbeiterschaft Verwertbares durchzuführen, über Berliner Einflüsse siegen wird.

Das Ende der Nationalsozialisten.

Severing löst die nationalsozialistischen Verbände auf!

SPD. Der preussische Minister des Innern, Genosse Severing, hat für das Gebiet des Freistaates Preußen die National-Sozialistische Deutsche Arbeiterpartei und die Nationale Sparvereinigungs in Berlin-Wannsee sowie sämtliche Landesverbände, Bezirks- und Ortsgruppen aufgelöst. In der Begründung werden Einzelfälle angeführt, in denen die National-Sozialistische Partei sich nicht nur als Gegnerin der republikanischen Staatsform gezeigt, sondern auch bewiesen hat, daß sie unter Anwendung der Gewalt eine Aenderung der Staatsform herbeiführen will. Die Morde an den Reichstagen der National-Sozialisten, die Verurteilung ihrer Presse, der von ihnen ausgegangene Anschlag auf das Reichsministerium des Innern am 5. September 1922, die Verhaftung Hinters: 500 deutsche und unversorgte Männer, und der Spat in der Arbeit, die Ankündigung, daß die Zeit „für den großen Schlag“ noch nicht gekommen sei, daß man sich aber auf ihn vorbereiten müßte, die Zusammenkünfte der National-Sozialisten mit den Arbeitern anlässlich ihrer Kundgebung in Koburg und andere Dinge lassen den begründeten Verdacht erscheinen, daß es sich hier um eine staatsfeindliche Verbindung nicht nur im Sinne des Gesetzes zum Schutze der Republik, sondern auch des Strafrechtlichen handelt.

In der Begründung zum Verbot der Nationalen Sparvereinigungs, als deren selbständige Organisation die „Sparvereinigungs Kommerz“, die „Sparvereinigungs Berlin“, der „Berein für den Kampf der Arbeiter zur Ausbildung einzelner Arbeiter für Land- und Forstwirtschaft“ und der „Berein deutscher Wanderarbeiter“ angeführt sind, wird gesagt, daß es sich hier um eine Fortsetzung der verbotenen Organisation handelt. Die Organisation ist militärisch aufgezogen. Ihre Mitglieder sind nicht nur mit Pistolen, sondern auch mit Gewehrkolben und Dolchmessern ausgerüstet worden.

Der deutsche Faschismus.

Deutschland ist nicht Italien. Nicht jede Erscheinung des italienischen Faschismus ist in Deutschland gleichermaßen möglich. Und doch wäre es verfehlt, wenn man nicht die Arbeit der Hitler, Knäppel-Kunze, Eger und der zahllosen kleinen Agitatoren, die das Land umlagern, verfolgen würde. Im Rheinland haben sie sich bereits außerordentlich. Sie treten unter dem Namen einer „National-sozialistischen deutschen Arbeiterpartei“ auf.

Einige Punkte aus dem Programm dieser National-sozialistischen deutschen Arbeiterpartei geben einen Einblick in den Charakter der Bewegung. Ein von der Zentralstelle in München herausgegebenes Flugblatt, in dem die Führer der Partei veröffentlichen, wenn nötig, unter Einsatz des eigenen Lebens für die Durchführung des Programms unerschrocken einzutreten, enthält folgende bezeichnende Sätze:

„Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer dem Vaterland treu ist, ohne Rücksichtnahme auf Korruption. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein.“

„Die intransparente Parlamentarismus ist eine Stillstandsbildung nur nach Parteizweckpunkten ohne Rücksicht auf Charakter und Fähigkeiten.“

„Wir fordern, daß sich der Staat verpflichtet, in erster Linie für die Gewerkschaften und Lebensbedürfnisse der Staatsbürger zu sorgen. Wenn es nicht möglich ist, die Gesamtbevölkerung des Staats zu ernähren, so sind die Angehörigen fremder Nationen (Nicht-Staatsbürger) aus dem Lande auszuweisen.“

Um die Spannung einer deutschen Presse zu ermöglichen, fordert man, daß:

- a) Sämtliche Schriftleiter und Mitarbeiter von Zeitungen in deutscher Sprache erscheinen, Volksgenossen sein müssen,
- b) nichtdeutsche Zeitungen zu ihrem Erscheinen der ausdrücklichen Genehmigung des Staates bedürfen. Sie dürfen nicht in deutscher Sprache gedruckt werden. Verbot der Finanzierung „nichtdeutscher Zeitungen“ u. s. f.

Die Partei als solche vertritt den handpunkt eines positiven Christentums, ohne sich konfessionell an ein bestimmtes Bekenntnis zu binden. Sie bekämpft den jüdisch-materialistischen Geistes und außer uns und ist überzeugt, daß eine dauernde Gerechtigkeit unseres Volkes nur erfolgen kann von innen heraus auf der Grundlage: Gemeinnutz vor Eigennutz.

Zur Durchführung alles dessen fordern wir die Schaffung einer starken Zentralgewalt des Reiches. Unbedingte Autorität des politischen Zentralparlamentes über das gesamte Reich und seine Organisationen im allgemeinen.

Die Bildung von Städte- und Berufskammern zur Durchführung der vom Reich erlassenen Rahmengesetze in den einzelnen Bundesstaaten.“

Die ganze Aktion hat einen stark primitiv sozialistischen, kommunistischen Einschlag. Sie verucht überall von den Forderungen der Arbeiterbewegung zu leben. Wo zuerst versprochen wurde, folgt Enttäuschung. So wie in Italien der Faschismus die Folge hochgeprägter Enttäuschungen ist, so verucht er auch in Deutschland aus primitiven Stimmungen Nahrung zu ziehen. Die kommunistische Agitation gegen die Arbeiterorganisationen liefert ihm oft genug das beste Material. Um so mehr gilt es zu betonen, daß die Arbeiterpartei sich restlos zusammenschließt und daß sie sich auf den Boden der Tatsachen stellt. Daran muß jede realistische Welle genau so zerstückeln wie die kommunistische bereits gescheitert ist.

Kleinrentner und Erwerbslose.

Unklar wird mitgeteilt; Im Rahmen der Reichsmassnahmen zugunsten der notleidenden Kleinrentner sind der Reichsarbeitsminister Mittel zur Unterstützung allgemeine Zwecke zur Verfügung gestellt. Er hat diese Mittel vor allem verwendet, um die unter der Teuerung ganz besonders leidende Heime für alte Kleinrentner zu unterstützen. Bisher wurde für diesen Zweck an Reichsorganisationen der Wohlfahrtspflege die Altersheime besitzend, insgesamt 27,7 Millionen Mark verausgabt, darunter auch ein erheblicher Betrag zur Unterstützung der Altersheime für Lehrerinnen. Die Beträge sind größtenteils so rechtzeitig ausgezahlt worden, daß sie auch für die Beschaffung von Brennstoffen usw. für den kommenden Winter Verwendung finden konnten.

Der Reichsrat hat am 16. November auf Vorschlag der Reichsregierung eine wesentliche Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung beschlossen, die insbesondere den Erwerbslosen, die eine Familie zu erhalten haben, zugute kommt. Die neuen Sätze sollen am 20. November in Kraft treten.

Der Skandal Graf-Oberland.

München, 18. November. Unter der Überschrift „Ein politischer Abenteuerer entlarvt“ nimmt die kommunistische „Bayerische Arbeiterzeitung“ Stellung zu der Angelegenheit Graf-Oberland und erklärt: „Wir sind in der Lage, mit aller Bestimmtheit zu erklären, daß die KPD, mit der Angelegenheit nicht das mindeste zu tun hat. Wegen Grachts hatten viele Parteigenossen ein ausgesprochenes Mißtrauen, weil er mit großen Summen operierte, über deren Herkunft man sich nicht klar war. Das Mißtrauen, das gegen Grachts Finanzgebärung bestand, gab auch den Ausschlag für seinen Ausschluß aus der KPD. Diejenige war bereits die Enttöschung Grachts von seinen Parteimitgliedern vorausgegangen. Die Enthüllungen treffen also die KPD, in keiner Weise, da Graf seine Beziehungen zu Oberland hinter dem Rücken der Partei und im schroffen Gegensatz zur politischen Linie der Partei unterhielt. Um so mehr aber ist die KPD, blamiert.“

Demgegenüber erklärt Genosse Graf in der „Münchener Post“ u. a.: „Wie jede bürgerliche Partei, wie Dugend von sogenannten nationalen Organisationen für ihre Zwecke von Sympathisierenden den Geldbeträge erhalten, so geschah dies auch von der KPD. Die von Römer zur Verfügung gestellte Summe von 350 000 Mark wurde im Umverhältnis mit dem Vorsitzenden der KPD, nach eingehender Prüfung durch deren Zentrale für die Münchener Parteizeitung verwendet. Lange vor meinem Uebertritt zur Sozialdemokratischen Partei ist die Verbindung zwischen Römer und mir erfolgt.“

Teuerungskundgebungen in Dresden.

Dresden, 18. November. Heute nachmittag veranstaltete eine Volksmenge, unter der sich viele Erwerbslose befanden, Straßenkundgebungen gegen die Teuerung. In einigen Stadtteilen wurden Lebensmittel- und Konfektionsgeschäfte geplündert. Die Polizei nahm mehrere Verhaftungen vor. Die geraubten Gegenstände und Lebensmittel konnten zum großen Teil wieder herbeigeschafft werden. Die meisten Geschäftsinhaber hatten während der Kundgebung ihre Geschäfte geschlossen. Die Straßenbahn verkehrte nicht, da die Straßenbahner zum Protest gegen die kürzlich erfolgte Entlassung von 400 Beamten und 250 Arbeitern den Betrieb stillgelegt hatten, der erst gegen Abend wieder aufgenommen wurde. Verletzungen sind bisher nicht gemeldet worden. Es herrscht wieder Ruhe.

SPD. Dresden, 18. Nov. (Fig. Drahtber.)

In der vergangenen Woche rief der „Internationale Verband der Kriegs- und Kapitalopfer“ die Erwerbslosen, Sozialrentner, Kriegsschädigten und alle Hungernden und Frierenden zu einer Versammlung zusammen, in der unter lebhaftem Beifall zu einer Hungerdemonstration aufgefordert wurde. Heute sammelte sich denn auch eine große Menge an, der Bericht über die ergebnislosen Unterhandlungen beim Ministerpräsidenten, beim Arbeitsminister und beim Stadtrat erstattet wurde. Gefordert wurden Kostsandsarbeiten, Beschaffung von Kleidung, Lebensmitteln und Heizmaterial, sowie Erhöhung der Unterstützungssätze. Die Redner forderten die Versammelten auf, diesmal noch von Gewalttaten abzuweichen. Wenn nichts geschieht, um die Not zu lindern, müsse bei der nächsten Kundgebung zur Selbsthilfe gegriffen werden.

In der inneren Stadt hatten sämtliche Geschäfte geschlossen und ihre Schaufenster mit eisernen Gittern versehen. Die Straßenbahnen verkehrten nicht. Nach Beendigung des Umzugs strömte die Menge in das reiche Stadtviertel am Hauptbahnhof, wo an einer Konditorei die Fensterheben zertrümmert, der ganze Laden ausgeräumt und die Ware an die Demonstranten verteilt wurde. Ein großer nebenanliegender Tuchladen wurde ebenfalls demoliert und ausgeräumt.

Neuer englischer Botschafter in Paris. Wie Reuters meldet, ist Marquis Crewe zum britischen Botschafter in Paris an Stelle von Lord Hardinge, der aus dem diplomatischen Dienst ausgeschieden, ernannt worden.

Die Not der geistigen Arbeit

Von John Schikowski.

Die soziale Umgestaltung, die sich gegenwärtig in allen Kreisen der deutschen Bevölkerung vollzieht, kennzeichnet auch die Lage der sogenannten Geistesarbeiter: Reichlich weniger einzelner auf der einen, Massenelend auf der anderen Seite und ein allmähliches Verschwinden des Mittelstandes. Eine ganz kleine Elite von Gelehrten, Schriftstellern und Künstlern, die mit dem Kapital eines weitberühmten Namens arbeitet, bezieht Milliardeneinkommen, ein etwas größerer, aber von Tag zu Tag sich verringender Kreis führt ein allerdings erträgliches, aber unsicheres Dasein, dessen materielle Grundlagen jederzeit zusammenbrechen können, und der Rest, die große Masse der deutschen geistigen Arbeiter ist dem Elend reitungslos verfallen. Zu dieser Masse gehören aber nicht etwa nur die minderwertigen und Unwürdigen, sondern es zählt zu ihr die wichtige Schicht derer, die berufen sind, die gegenwärtige geistige Kultur Deutschlands zu stiften und auszugestalten und für das Geistesleben der Zukunft die Fundamente zu legen: die stillen Arbeiter am Schreibtisch und im Atelier, die heute noch auf dem Wege zum Ruhme sind, die den Vorber wohl verdient, aber noch nicht errungen haben, und vor allem die intellektuelle und künstlerische Jugend, auf der die Zukunftshoffnungen Deutschlands beruhen. Ihre Kraft und Schaffensmöglichkeit wird gelähmt und zermüht im ausichtslosen Kampf um das materielle Dasein, eine ständig wachsende Zahl von ihnen legt Feder, Pinsel und Meißel beiseite und sucht in praktischen Berufen, in der Fabrik oder im Bureau ihren Lebensunterhalt zu erwerben. Sie preist sich glücklich, wenn es ihr gelingt, eine Arbeit zu finden, die Millionen andere ebenso gut oder besser verrichten können, und läßt die Fähigkeiten ungenutzt, durch die sie der deutschen Kultur unschätzbare Dienste zu leisten berufen ist.

Wir wollen uns bei der Betrachtung dieses Zustandes jeder Sentimentalität enthalten. Hunger, Elend und Sorge des Handarbeiters sind ebenso tragisch wie die des Geistesarbeiters, und der Gelehrte, der Dichter und Künstler hat kein Recht, für sich und seine materielle Lage eine Bevorzugung zu beanspruchen. Unter Ausschaltung aller rein menschlichen Gefühle, nur vom nüchtern praktischen, politischen Standpunkt aus betrachtet, müssen wir aber den bevorstehenden Untergang der geistig arbeitenden Schicht unserer Volksgenossen als eine der allergrößten Gefahren werten, die Deutschland und die deutsche Nation gegenwärtig bedrohen. Es steht hier unendlich viel mehr auf dem Spiel als das Lebensglück von ein paar tausend Individuen und Familien. Es handelt sich hier um die große, die weltgeschichtliche Frage: Wird Deutschland das einzige Gut, das es aus dem furchtbaren äußersten Zusammenbruch gerettet hat, wird es seine geistige Kultur, seine Wissenschaft und Kunst erhalten und weiter ausgestalten können, durch die es noch heute in Kreise der Völker als große und achtunggebietende Macht da steht? Gelingt es uns nicht, diese Frage im positiven Sinne zu lösen, so hat die Welt einen unerlässlichen Verlust erlitten, Deutschland aber das letzte eingebüßt, was es heute noch frei und unbedrängt besitzt und was der großen Mehrheit der heutigen und vor allem der zukünftigen Generation das Leben lebenswert machen kann. Denn alle politischen und sozialen Errungenschaften, die die Revolution dem deutschen Volk gebracht hat und, wie wir zuversichtlich hoffen, in immer steigendem Maße noch bringen wird, haben keinen Sinn und sind keinen Bifferling wert, wenn aus ihnen heraus nicht eine neue deutsche Menschheit erwächst, die den Namen eines führenden modernen Kulturvolks verdient. Die Revolution konnte nur die Fundamente legen, nur die materiellen Möglichkeiten geben. Diese Möglichkeiten auszunutzen, das Fundament durch einen idealen Oberbau zu krönen, ist die Aufgabe der Gegenwart und Zukunft. Gelingt es dem deutschen Volk nicht, diese Aufgabe zu lösen, so bleibt als Ergebnis der Revolution nichts weiter übrig als eine Ruine, die im Laufe der Zeit unrettbar zerbröckeln und verfallen muß, da ihr die letzte Unterstützung, das krönende und schützende Dach, mangelt. Denn wo der geistige Inhalt fehlt, ist kein höheres Leben und keine Weiterentwicklung denkbar, und das unaussprechlich drohende Ende ist stumpfes Hinvegetieren, Erstarrung und Tod.

Den praktischen Realpolitiker, der für die Bedürfnisse des Tages zu sorgen hat, mögen solche Zukunftsbilder vielleicht nicht sonderlich rühren. Darum sei in Kürze auch auf die rein materielle, wirtschaftliche Seite der Frage hingewiesen.

Was die Pflege der Wissenschaften, was Entdeckungen und Erfindungen etwa auf dem Gebiet der Physik, Chemie und Technik für die Volkswirtschaft bedeuten, ist jedermann klar. Hier können durch eine einzige wissenschaftliche Tat Werte geschaffen werden, die die materielle Lage Deutschlands sehr wesentlich verbessern. Es kann die Erzeugung von Gütern ermöglicht werden, deren die ganze Welt bedarf und durch deren Herstellung die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie in viel wirksamerer Weise gesteigert werden kann, als durch Hungerlöhne und Zehntstundentagsarbeit. Die Grundlagen der ersten Wissenschaften sind gegenwärtig in einem radikalen Umwandlungsprozeß begriffen; jeder Tag kann ein Wunder zeitigen, das

unser Ernährung, unsere Bekleidung und unser Wohnwesen auf eine ganz neue, bisher ungeahnte Basis stellt. Will Deutschland auf diese Ausblicke, die keineswegs in Volkstumsdudschheim, sondern in sehr realer, aktueller Nähe liegen, Verzicht leisten, indem es seinen Gelehrten die Möglichkeit nimmt, zu forschen und zu experimentieren? Mit den exakten Wissenschaften aber hängen die sogenannten Geisteswissenschaften auf engste zusammen, beide Gruppen bilden ein untrennbares, organisches Ganzes. Man weiß, welche entscheidenden Anregungen selbst eine so „unpraktische“ Wissenschaft wie die Philosophie der modernen naturwissenschaftlichen Forschung gegeben hat. Der Zusammenbruch der deutschen Gelehrtenarbeit, der unausbleiblich ist, wenn man die Dinge so weiter gehen läßt wie bisher, würde uns unschätzbare wirtschaftliche Werte für Gegenwart und Zukunft berauben.

Und wie steht es mit den Künsten? Sie repräsentieren ideale Faktoren, die den Alltag verklären und den Menschenleben Lebenslust und Lebenskraft einflößen, damit aber auch den Schaffensmut und die Schaffenskraft stärken — Fähigkeiten, deren wir heute mehr bedürfen als je zuvor. Daneben aber produzieren sie direkt wirtschaftliche Werte, die man nicht unterschätzen soll. Die modernste deutsche Kunst hat sich während ihrer erzwungenen Isolierung in den Kriegsjahren zu einer ganz eigenartigen, völlig selbständigen Blüte entwickelt. Es hat sich überraschend gezeigt, daß der neue Geist, der die Kunst der europäischen Kulturvölker beherrscht, nirgends so einer so kraftvollen und konsequenten Entfaltung gelangt ist wie in Deutschland. Die Führung, die bis zum Kriege Frankreich innehatte, muß es jetzt an Deutschland abtreten — eine der wenigen für uns glücklichen Folgen des Krieges, die noch lange nicht genügend gewürdigt und von den entscheidenden Stellen bisher fast gar nicht ausgenutzt wurde. Die Ausfuhr moderner deutscher Kunstwerke nimmt ständig zu. Namentlich das valutarstarke Amerika spielt als Käufer eine bedeutende Rolle. Unsere jungen Architekten müssen sich darauf beschränken, mit Lineal und Reißfeder zu arbeiten. Ihre genialsten Schöpfungen ruhen in Mappen in einem Winkel ihres Ateliers. Wenn ihnen Gelegenheit gegeben würde, draußen bekannt zu werden, könnten sie das Ausland mit Werken einer ganz neuen Baukunst beschenken und dem Inland Werte zufügen lassen, die unser verarmtes Land zu schätzen wüßte. Inzwischen liegt die Schaffenskraft der deutschen Architekten brach und zahllose hochbegabte Maler und Plastiker müssen feiern, weil sie das Arbeitsmaterial nicht anschaffen können.

Über Not und Elend lastet nicht nur auf den Höhen der geistigen Kultur, nicht nur auf den Wissenschaften und Künsten. Auch die bescheidenen Kreise der Geistesarbeiter erliegen dem Druck. Von der Not der Presse ist gerade in diesen Wochen wieder viel die Rede. Das Sterben der Zeitungen bildet eine ständige Rubrik in unseren Tagesblättern. Nur wenige Leser dürften ein Gefühl für die Tragik haben, die in jeder derartigen Todesanzeige liegt. Das Eingehen einer Zeitung oder die Einschränkung ihres Betriebes bedeutet regelmäßig für eine Anzahl Arbeiter, Angestellte und Redakteure den unwiederbringlichen Verlust von Arbeit und Brot. Die Redakteure, die bis dahin durch ihre feste Stellung wenigstens ein gesichertes, wenn auch meistens kärgliches Einkommen hatten, können nun sehen, wie sie sich als sogenannte „freie Schriftsteller“ durchschlagen. Und durchschlagen bedeutet hier stets durchhungern. Denn keiner Gruppe der geistigen Arbeiter geht es heutzutage so elend, wie den freien Mitarbeitern an anderen Zeitungen und Zeitschriften. Kein Wunder, daß ihr Kreis von Tag zu Tag kleiner wird. Wer es irgend kann, geht zu einem anderen Beruf über. Zahlreiche begabte und kenntnisreiche Journalisten hat heute glücklicherweise als Bureauschreiber oder als Fabrikarbeiter unterkunft finden. Was dieser Verlust an tätigen geistigen Kräften und was die Einschränkungen der Zeitungsbetriebe für die politische und allgemeine Kultur des deutschen Volkes bedeutet, braucht nicht näher besprochen zu werden. Wie lange noch wollen die berufenen Instanzen untätig zusehen oder mit Erwägungen und Bertrübungen sich und andere täuschen?

Der Reichstag beschäftigt sich in diesen Tagen mit der Not der Wissenschaft. Er behandelt nur einen Teil des großen Problems, dessen Lösung eine Lebensfrage für die deutsche Kultur und für die Zukunft des deutschen Volkes ist, und es hat vorläufig nicht den Anschein, als wenn etwas wirklich Entscheidendes unternommen werden wird. Die Stunde scheint noch nicht gekommen zu sein, wo die, die helfen müssen, das Problem in seiner ganzen verhängnisvollen Größe erkannt haben und sich der Schwere ihrer Verantwortung bewußt geworden sind.

Ein kommunistisches Geständnis.

In der Moskauer „Iswestija“ vom 3. November finden wir anlässlich der faschistischen Umwälzung in Italien folgende interessante Betrachtungen:

„Die Angst, die der Bolschewismus in Italien weckte, war eine Realität, und die Schuld der Maximalisten be-

steht darin, daß sie der Reaktion jene psychologischen und politischen Argumente lieferten, mit deren Hilfe sie die große Menge der Verzitterten der mittleren und kleinen Bourgeoisie sowie auch der Arbeiter mit sich riß, deren Interessen mit den Absichten der Plutokraten und Gegenrevolutionäre keineswegs identisch waren.“

Das offizielle Organ der Sowjetregierung gesteht also offen ein, daß die fehlerhafte Politik der italienischen Kommunisten der faschistischen Reaktion die Waffen lieferte, mit deren Hilfe sie nur den Sieg errungen hat. Das Blatt geht aber noch weiter. Es erklärt, daß die Spaltung der italienischen sozialistischen Partei und die Orientierung ihrer Mehrheit in der Richtung der Dritten Internationale den Faschismus in Italien noch mehr verstärkt haben. Eine schärfere Beurteilung der kommunistischen Politik als dieses Bekenntnis des amtlichen Organs der Sowjetregierung kann man sich kaum vorstellen.

Deutsche Studenten.

Die Mehrheit des Ausschusses der Berliner Studentenschaft weigerte sich, Gerhart Hauptmann zu ehren, weil er Republikaner sei und darum nicht mehr als charaktervoller Deutscher gelten könnte.

Solcher Vorfälle verpflichtet zu etlichen Fragen, die Genosse Robert Bauer im neuesten Heft der „Globe“ aufwirft: 1. Was wäre geschehen, wenn Studenten Derartiges im kaiserlichen Deutschland erklärt hätten? 2. Wer ist denn dieser „Ausschuß“, wie wurde er, welche Bedeutung hat er, sagt er in den Räumen der Universität? 3. Was gebietet der Kultusminister gegen diesen Ausschuß zu tun? 4. Wieviel kostet der preussischen Republik durchschnittlich jeder Student und welche Veranlassung hat die Republik, ihre Verächter zu unterstützen? 5. Mühten diese tapferen Protektoren nicht ihre Namen nennen, damit die Republik sie davor bewahren kann, später einmal als Richter, Gymnasiallehrer oder Universitätsprofessoren zu Botenpägern des verachteten Staates zu werden? U. U. w. g.!

Arbeitslosenfrage in London.

London, 18. November.

Zwischen 20 000 bis 25 000 Arbeitslose bewegten sich gestern nach dem Hyde-Park, wo sie Arbeit und Unterhalt forderten. Sie sandten eine Abordnung nach Downing Street, um beim Premierminister den Empfang einer Deputation am nächsten Mittwoch zu erbitten. Bonar Law weigerte sich, die Abordnung zu empfangen, und übertrug dem Wohlfahrtsminister, die Wünsche der Arbeitslosen entgegenzunehmen. Er hat ihn dann, auch am nächsten Mittwoch im Namen der Regierung die Deputation zu empfangen. Die Arbeitslosen erklärten sich mit der ablehnenden Haltung des Premierministers nicht einverstanden, und beharrten weiter darauf, von Bonar Law empfangen zu werden. Die Lage nahm einen drohenden Charakter an. Unter der Menge befanden sich auch ungefähr 2000 Leute, die aus verschiedenen Teilen des Landes gekommen waren.

Devisen-Kurse.

Berlin, 20. November.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

18. November, 17. November.

Amsterdam	1 fl.	2743.12	2593.50
Brüssel (Antwerpen)	1 Frs.	458.85	426.98
Kristiania	1 Kr.	1271.80	1216.95
Kopenhagen	1 Kr.	1411.45	1326.70
Stockholm	1 Kr.	1875.30	1765.60
Helsingfors	1 finn. Mk.	175.56	164.58
Rom	1 Lire	326.18	311.71
London	1 £	3117.57	2926.50
New York	1 Doll.	6982.50	6608.43
Paris	1 Frs.	498.75	461.54
Zürich	1 Frs.	1294.25	1226.92
Madrid	1 Pesetas	1067.32	1012.46
Wien	100 Kr.	9.27	9.77
Prag	1 Kr.	223.44	209.47
Budapest	100 Kr.	2.84	—

Spätlinghof.

Roman von Kurt von der Eider.

19. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Still und geduldig, wie ein Hund, der viel geschlagen wird, setzten sie seine Behandlung; aber abends, wenn sie in ihrem großen Bette lag, weinte sie ihr Kissen naß.

„Ja, wie sie litt. Es machte ihm eine grausame Freude, sie zu quälen. Auf diese Weise wollte er sie gefügig machen. Er wußte Tine, wie nur ein geundener, warmblütiger und sinnlich veranlagter junger Mann ein schönes junges Mädchen lieben kann. Es zog ihn zu ihr hin, seine Sinne verlangten nach ihr. Er, der sonst jeden Sonntagabend bei Ve Rühl auf dem Tanzboden sich die Hübscheste ausgesucht hatte, jedesmal eine andere zum Pünktchen führte, fand jetzt an keiner der drallen Dienstboteninnen. An jeder hatte er etwas auszusetzen; keine genügte ihm zu lächelndem Liebespiel. Jetzt blieb er an der Londoner Tische, und mit finsternem Gesicht dem Tische zu und ging, nachdem er ein paar Glas Grog getrunken hatte, nach Hause.

Wenn er dann in der Küche noch Licht sah, erzählte er ihr mitunter eine heftige Lust, zu Tine hinzugehen, aber er beherrschte sich. „Ihre Stunde ist noch nicht gekommen“, murmelte er.

Eines Tages war der Bulle des Nachbarn von Bathhof ausgebrochen. Mehrere Männer mit Klopfstöcken und Forken stellten sich dem wütenden Tiere in den Weg.

Tine stand dicht hinter Jan, wie vor Entsetzen angewurzelt. Sie sah Jan auf das Tier zugehen. Er hatte nichts in der Hand, aber er durchbohrte sie er das Tier an.

„So wie er mich manchmal ansieht“, dachte Tine. „Jetzt schreit er ihn. O Gott, was macht er für Augen! Jetzt hat er mich.“

Wirklich ließ sich das Tier an den Hörnern ergreifen und fortführen.

„Der hat Courage!“ hieß es unter den Männern. Tine aber ging zitternd ins Haus. Sie dachte: „Das kann kein anderer Mann.“

Von diesem Tage an war ihre Furcht vor Jan noch größer geworden. „Furcht vor dem Beherrschten“ nannte es das Märchen; anders konnte sie sich den magischen Bann, mit dem Jan sie von Tag zu Tag mehr umstrickte, nicht erklären.

Alle vier Wochen hatte Tine einen freien Sonntagnachmittag. Sie ging dann gewöhnlich gleich nach dem Abwaschen fort nach dem Hof und lehrte zur Schlafenszeit zurück.

Als Tine kam, sah auch die alte Schöne schon neben der Mutter an dem Tisch in ihrem Sonntagsstaat und dem neuen schwarzen Wüschchen.

Sie ließen sich Zeit beim Essen und Trinken, und die große Kanne wurde allmählich leerer, und der Teller mit dem Weizen wurde leerer. Als sie endlich satt waren, wuschte Schöne sich die fettig gewordenen Finger mit ihrem rotbaumwollenen Tuche ab und zog die Karten aus der Tasche.

„So, mein Deern“, sagte sie, nun paß auf, was es gibt. Ich will man mal mitgehen. Nimm ab. So. Nun muß du aber deine Gedanken bei der Sache haben. — Sieh mal. Eins, zwei, drei, vier, da die Herzfrau, das bist du, und du drehst ihm den Rücken. Da, der Piffbauer liegt bei dir. Aber dich bei ihm liegt die Piffrau. Was liegt denn dazwischen? Tod? Unglück. So 'ne zwatzen Karten! Deern, ich glaube, du hast deine Gedanken nicht dabei.“

„Doch, Ode, ich habe an nichts anderes gedacht“, versicherte Tine mit zitternden Augen.

Schöne raffte die Karten zusammen. „Ich will sie noch mal mitgehen. — Wieder daselbe. — Aber da liegt Rutenbauer. Es liegt viel dazwischen, aber dich bei ihm liegt die Hochzeit und denn — na, es wird schon alles gut werden.“

Umdorrien hatte nur das Wort Hochzeit gehört. „Na, das ist nett, Schöne, daß sie Tine noch was Gutes prophezeien. Das Schlegle braucht man all gar nicht zu wissen, das braucht all gar nicht einzutreffen. Injereinem geht es ja so wie so schlecht. Aber kann Nahe denn nicht herausfinden, wer das ist, der Tine freien soll. Ob es einer von den Spätlinghöfern ist? Denk doch an, Tine, wenn du einen von den Jungen kriegst!“

Tine dachte an Jan. „Lieber hänge ich mich auf!“ sagte sie und preßte die Lippen aufeinander.

„Wer es ist, kann ich nicht sagen“, versetzte Schöne, aber ihr Lebensweg geht weit ab von der Stelle, wo sie steht.“

„Dns wäre das!“ sagte Umdorrien. „Nun mißte mal gehörig, Nahe, nun komme ich an die Reihe. Warum sollte da nicht was für mich drinliegen? Ich bin doch noch keine alte Frau. Aber recht was Schönes, Schöne. Das Schlegle kommt non selbst, da kann man doch nichts gegen tun.“

Schöne schloß. „Ja, wenn man das Unglück möten könnte, wie ein löpfläufend Pferd! Ich habe meinem armen Niels-Jungen, ob er gleich mein leidhaftiger Lockherjohn ist, doch viel Kummer und Herzeleid aus den Karten prophezeien müssen. Nun ist der arme Junge in dem großen Dithmarschen einsam und verlassen!“ Sie wuschte sich mit dem Schürzenzipfel die nassen Augen.

Während Schöne Sönken der Mutter die Karten legte, war Tine aus offene Fenster getreten. Sie sah hinaus in den Gar-

ten, auf den blauen Lavendel und die blühenden Feuerlilien. „Ihr war's, als ob hinter der Reichdornhecke Niels Sönkens Mischelkopf auftauchte und eine Stimme ihr ins Ohr flüsterte: „Tine, ich hab' dich glücklich lieb.“

„Ja, ja, Nahe, eine Hochzeit liegt darin, aber sie liegen noch weit auseinander“, tönte vom Tisch her Schönes Stimme. Etwas verschämt erwiderte Umdorrien: „Aber Nahe, ich bin doch eine alte Frau und dann ein Mann mit Geld? Wie sollte der mich arme Witfrau wohl nehmen? Miß noch mal Nahe, mich noch mal.“

„An diesem Abend ging Tine früher als sonst fort. Eine qualvolle Unruhe hatte sie erfaßt. Es litt sie nicht mehr bei den schwachen Frauen. Sie lief vor die Haustür und spähte den Weg entlang; sie eilte in den Garten bis an das äußerste Ende, wo Kistenschuh und Nesseln wuchsen. Endlich setzte sie ihren schwarzen Schürzenhut auf, jagte hastig Mieu und ging.

Glücklichen Schrittes eilte sie dahin, vorbei an den blühenden Hecken, den mognenden Kornfeldern. Als sie dann in die Marsch kam und ihr die weite, grüne Fläche entgegenleuchtete, hemmte sie ein wenig den raschen Schritt und atmete in vollen Zügen die frische, feuchtkalte Marschluft ein.

Schon begannen vom fernen Weiten her die Nebel zu wallen. Träumend ging Tine weiter. Sie sah im Geiste zwei dunkle Augen vor sich auftauchen; aber Niels Sönkens Augen waren es nicht.

Als sie bei Spätlinghof anlangte, stand Jan, den Rücken dem Wege zugewandt, am Eingange der Tritt. Mit dem einen Arm lehnte er am Heppstahl. Die andere Hand hielt die kurze Pfeife. Er trug kurze dicke Rauchwolken aus und starrte ins Weite. Als Tine dicht an ihm vorüberstrich, sah er sich nicht um; er antwortete auch nicht auf ihr schüchternes „Guten Abend!“

In Times Augen quoll es heiß auf; ihre Knie bebten. Fliegenden Schrittes huschte sie über den Hof und schloß die Hintertür ins Haus. Niemand begegnete ihr; Mamiell war längst zu Bett und Jan war fortgegangen.

„Nun doch das Feuer in der Küche zuzucken“, dachte Tine, „dann lege ich mich aufs Bett und weine mich satt. Ach, ich unglückliches Mädchen!“

Jan hatte Tine wohl gesehen. Er hatte auch die Blut gesehen, die auf ihren Wangen brannte, und die zurückgehaltene Tränen, die in den Augen schimmernten. Er hatte den heiseren, zitternden Ton in ihrer Stimme gehört, und ein Triumphgefühl schwellte seine Brust.

Fortsetzung folgt.

Hotels, Restaurants, Cafés, Vergnügungen

Hotel Viktoria Fernruf 452.
Gegenüber dem Bahnhof.

Hotel International Neues Haus
am Bahnhof. Fernruf 707 und 789.

Hotel Stadt Hamburg
Weinrestaurant. Von 8 Uhr an Künstlerkonzert.

Gewerkschaftshaus Johannisstraße.
Fernruf 225 Verkehrslokal der sämtlichen Gewerkschaften.

Stadthallen-Restaurant F. 896. Täglich
Künstler-Konzert. Sonntags vornehmes
Kränzchen. C. Hanschen.

**Restaurant und Café zum Deutschen
Kaiser** Inh. Aug. Bräck Wwa. Königstraße 41
Fernsprecher 581. Gute Küche. Sträßbahnlinie 8.

Theater-Restaurant u. Café
Fünfhäuser 17/19. Bürgerlicher Mittagstisch.

Bodega Weinstuben F. 8958. Fleischhauer-
straße 14. Inh. H. Giesenberg. Gemütl. Aufenthalt.

Ballhaushalle Tägl. von 5-1 Uhr
Künstlerkonzert.
Billards. W. Bruhn.

Stadthallen — Weiber Saal
Jeden Sonntag: Vornehmes Tanzkränzchen.
Anfang 5 Uhr.

Stadt-Café Holstenstraße 17.
Täglich Künstler-Konzert.
Paul Ferck.

Café Viktoria Täglich Konzert.
Mühlenbrücke 1.

„Opera“ 8 Uhr abends.

Café Roland Tägl. Künstler-Konzert

Café Bernhardt Fackenburg
Allee 9.
Täglich abends Unterhaltungsmusik.

Hansa-Café Inh. G. Spieker Wwa.
Vornehmes Familien-Café. Künstler-Konzert.

Neues Lichtspiel-Theater
Fernruf 8985. Breite Straße 13.
Erste und vornehmste Lichtbildbühne.
Jeden Freitag stets das Neueste und von diesem
nur die auserwähltesten Programme.
Anfang 4 Uhr. Schluß 11 Uhr.

Tasculum Fischstraße 4. Bar m. Wein-
stuben. Dezent Musik.

Gerhard Tschorn Speisekasino.
Johannisstr. 3

Julius Stammer Konditorei — Kaffee.
Lindenstraße 1b.

Hodermanns Konditorei
Täglich Konzert.

Uhren, Goldwaren und Musik

C. Porté Goldschmiedemeister.
Fabrikation u. Verkauf feinsten
goldener Trauringe. Fleischhauerstr. 26, Breite Str. 26.

Ludwig Zander Juwelier u. Gold-
schmied.
Fernruf 5700. Mariesgrube 8.

Lorenz Behnfeldt
Fischstraße 5. Uhren, Goldwaren,
Reparaturwerkstatt.

Rudolph Wiese Goldschmied.
Breite Straße 48.
Gold-, Silberwaren, Versace, Alpacca-, Nickelwaren.

Hallers Musikhaus Lübeck.
Markt 2.

Meyer & Eggert Fernruf 2424.
Königstraße 118.
Musikinstrumente.

Musikhaus Fr. Dietrich & Co.
Musikinstrumente Bestandteile. Noten jeglicher
Art. Saven. Beckergrube 27.

Musik- Instrumente, Lauten, Gitarren,
Mandolinen usw.
Ernst Robert. Breite Straße 22. Fernr. 8750.

Geschäftliche Rundschau Musterschutz
und
Zeitungs-Dauer-Fahrplan

Ehlers & Reetwisch St. Petri 2/4. Holstenstraße 1. Das Haus der guten
Qualitäten. Manufaktur. Konfektion. Schuhwaren.

Schuhhaus Zentrum Inh.: W. Ludwig, Markttwiete 2.

Musikhaus Jack Musikalien aller Art. Markttwiete 2.

Grabsteine J. G. Redtglaub Ndhlg., Israelsdorfer Allee 17. u. 84.
Größte Auswahl am Platze. Billige Preise. Fernsprecher 8197.

Restaurant Spabvogel Inh. Paul Sievert. Fernruf 2202.
Gemütl. Aufenthalt. Täglich Künstler-
Konzert.

Schweizerhaus Israelsdorfer Allee. Fernruf 2894.
Restaurant, Café, Konditorei.

Trocadero Fernruf 787. Schlüsselbuden 4. Täglich ab 5 Uhr. Fred-Leisner-Stim-
mungs-Konzerte.

Fledermaus Täglich Anfang 8.30 Uhr. Sonntag und Feiertag 4 Uhr. Vorstellung
und Tanz. I. Etage! Sehenswerte Bar. Stimmung. Humor.

**Wo kauft der Arbeiter Lübedks seine Lebens-
mittel?** Bei Paul Burmester Jr., Holstenstraße 24.

Schuhwarenhaus W. Blumenthal Kohlmarkt 1.
Sandstraße 2-4.

Uhren-Voss Breite Straße 36. Holstenstraße 2. Fernsprecher 8993.

Dauer-Fahrplan des Lübecker Volksboten.

Hamburg		Büden		Eutin		Travemünde	
Lübeck	Hamburg	Lübeck	Büden	Lübeck	Eutin	Lübeck	Travemünde
5:45	7:25	5:30	7:15	7:15	8:15	5:20	6:00
7:40	9:20	7:00	8:45	9:45	10:45	8:15	9:00
9:25	11:05	8:45	10:30	12:15	13:15	10:00	10:45
11:05	12:45	10:30	12:15	1:45	2:45	12:00	12:45
1:25	3:05	12:15	1:00	2:00	3:00	1:45	2:30
3:44	5:24	1:22	3:07	3:00	4:00	2:07	2:47
4:17	5:57	3:56	5:41	3:30	4:30	3:00	3:40
7:15	8:55	5:15	7:00	4:00	5:00	3:45	4:25
7:22	9:02	6:00	7:45	4:15	5:15	3:55	4:35
8:20	10:00	6:50	8:35	4:30	5:30	4:05	4:45
9:25	11:05	7:45	9:30	4:45	5:45	4:15	4:55
9:35	11:15	8:35	10:20	5:00	6:00	4:25	5:05
—	—	9:25	11:10	5:15	6:15	4:35	5:15
—	—	10:15	12:00	5:30	6:30	4:45	5:25
—	—	11:05	12:50	5:45	6:45	4:55	5:35
—	—	11:55	13:40	6:00	7:00	5:05	5:45

Kleinen
Lübeck Eutin Lübeck
7:15 8:15 7:22
9:45 10:45 9:15
12:15 13:15 1:21
1:45 2:45 3:55
2:00 3:00 4:10
3:00 4:00 5:10
4:00 5:00 6:10

Seggerberg
Lübeck Seggerberg Lübeck
7:15 8:15 7:22
9:45 10:45 9:15
12:15 13:15 1:21
1:45 2:45 3:55
2:00 3:00 4:10
3:00 4:00 5:10
4:00 5:00 6:10

Travemünde
Lübeck Travemünde Niendorf
ab Stadt an Strand an
5:20 6:00 6:20
8:15 9:00 9:20
10:00 10:45 10:30
12:00 12:47 12:30
2:07 2:47 2:30
3:00 3:40 3:20

Niendorf
ab Strand ab Stadt ab
5:30 6:10 6:30
8:15 9:00 9:20
11:00 11:50 11:30
13:35 14:15 14:00
15:15 16:00 15:45

Markmann & Meyer Das bekannte Haus für vorteilhafte Einkäufe
Markthalleneingang Breite Straße.

H. E. Koch Möbelhäuser Ausstellungsräume. — Fernruf 1050.
Mariesgrube 45. 40.
Inh.: Carl Peters & Rudolf Neils.

Georg Petersen Huxstraße 19. Manufaktur-, Weiß-, Woll- und Kurzwaren.

Walter Büttner Fernruf 1124. Fleischhauerstraße 42. Rohprodukte, Eisen- und
Metalle en gros.

Auto-Eschen Fernruf 1894.

Possehl's Kohlenhandel
Abteilung Beckergrube Abteilung Mühlenstr. 62
Fernspr. 8330-8333 Fernspr. 8720-8723
Koks • Kohlen • Briketts
Alleinvertrieb der Lübecker Gaskoks.

Max Boye Holz-, Kohlen- und Holz-
kohlen-Lager. Täglich
Platzverkauft: Falkenstraße. Telefon 8411.

Adolf Bergfeld, Lübeck Inhaber Hermann Kubli.
Oelen, Herde, Grudcherde, Gaskocher Größte Auswahl bei
günstigsten Preisen.

Spanetti
Milch-Schokolade
Schweizer Art.

Restaurant Zum Stadtpark
Sonntags Familienkränzchen.

Lebensmittel und Drogen

L. Doener Fernruf 8915. Königstr. 75
Kolonialwaren Kaffee- und Tee-Handlung

Reserviert für
J. G. Niederegger Marzipan.

Dampfbäckerei „Hansa“ Lübeck
J. C. D. Junge & Co. Verkaufsstellen überall.

Hansa-Meierei Fackenburg Allee
59a und b.
Fernruf 281/557.

Rostocker Butterhandlung
Inh. Robert u. Dora Gündel. F. 2064. Beckergrube 9.

Th. Storm Nachf. Inh. Chr. Stakelbeck
Fernruf 478. Königstraße 98. Spezial-Butter-
und Margarinehandlung. Groß- und Kleinhandel

Aland Bock- u. Bierwurst.

Erich Helm Wurstfabrik.
Fleischhauerstraße 54.

Ahrbergs Bockwurst u. Würstchen
W. Sander. Fernruf 8121. Markt 8.

Fischversandhaus „Möwe“ Alfr. Beßmann
& Co., Lübeck. Fernruf 1852. Kl. Burgstraße 6.
Tel.: Beßmann Kleineburgstr. Großh. i. Fischkons.

Heinrich Prümm Fernruf 651.
Wahmstr. 21.
Spezialgesch. in lebend. Fischen u. Räucherwaren.

Ludw. Buch Fernruf 8784.
Breite Straße 86.
Spezialgeschäft feiner Delikatessen.

C. Klein Fernruf 1727. Pfaffenstraße 4.
Delikatessen — Fettwaren.

O. Schröder, Balauerlohr 17, Spezialgesch.
für Herren- u. Damenkleidung, sowie Schuhwaren

Reserviert für
Janssen Delikatessen Beckergrube 7.

Spehmann & Fischer Kartoffeln,
Frucht,
Gemüse. Fernruf 102. Beckergrube 59

Fr. R. Muuß Günstiger Einkauf von
Lebensmitteln. Alstraße 25

C. F. Alm Holstenstraße 12. Fernruf 800.
Farben, Drogen, Chemikalien.

Diana-Drogerie Paul Stammer. F. 8644.
Glandopstr. 1. Farben, Verbandstoffe, Toiletteart.

Ferd. Kayser Drogerie.
Breite Straße 81.

**Lübecker Central-
Brotfabrik**
R. Spangenberg, Linden-
straße 20/22.

Ed. Teuteberg
Lederhandlung.
Unterrave 67.

Auguste Popp Schuhwarenhaus.
Erstklassige Fabrikate. Führende Marken.

Friedrich Baurenfeld
Schuhwaren. Fernruf 1865. Mühlenstraße 84.

Wilh. Ewert, Schuhwaren. Unterrave 8.
Gut sortiertes Lager und Reparaturwerkstatt.

Chr. Rebien Schwöbenkenquerstraße 25.
Schuhe. Maßanfertigung. Reparaturwerkstätte.

Karl Brandt, Schuhwaren.
Maßgeschäft. Reparaturwerkstätte. Balauerlohr 4

J. Dittmer, Fünfhäuser 7. Schuhreparatur-
werkstätte. Maßanfertigung.

Carl Hans Kühl Fernruf 2988.
Mühlenstraße 42.
Leder- und Schuhmacherbedarfartikel-Handlung.

Alexander Krock,
Spezialgeschäft in Lederwaren u. Reiseartikeln

F. Fränkel
Breite Straße 35 und
Holstenstraße 4.
Billigste Bezugs-
quelle in echten
Lederwaren, Koffern
und Reiseartikeln.

Freistaat Lübeck.

Montag, 20. November.

Milchwirtschaft.

Wir haben es wiederholt gesagt: Milch- und Butterpreise sind so hoch, daß sie nur noch für zahlungsfähige Interessenten haben. Das Volksganze, dem diese Nahrungsmittel am nötigsten wären, muß sie entbehren. Aber lamentieren hilft nichts, wo wirtschaftlich stärkere Kräfte den Preis diktiert. Tatsache bleibt, daß mit jeder Preissteigerung der Milchkonsum abnimmt. Schon längere Zeit befahren Milchhändler nur noch jeden zweiten Tag bestimmte Straßen, weil sich der tägliche Absatz nicht mehr rentiert. Doktoren mit allerlei Rezepten treten auch an uns heran und versuchen, uns allgemein gültige Ratsschlüsse zu erteilen. Und dabei ist nichts schwieriger, als den Ubergewinnlern den Nachweis unklarerer Handels nachzuweisen. Vor uns liegt ein Manuskript das mit viel Worten und wenig Geist die Bauern in Schuld nimmt und die Händler für die Teuerung verantwortlich macht. Nicht daran zu denken, daß wir die letzteren in besonderer Schutz nehmen. Auch sie sind vom Stamme Nimm. Doch ist diesen noch am ehesten der Nutzen nachzurechnen, wobei natürlich die Ehrlichkeit „unverfälschten“ Handels auf der Kreditseite gebucht wird. Im allgemeinen aber schiebt der eine die Schuld auf den andern.

Ein Hauptfaktor der Werteverminderung — auch von uns mehrfach angezogen — bilden neben den Erzeugern die Metzger und Milchverwertungsanstalten. Diese arbeiten, wie heutzutage auch der Bauer, nach spekulativen Grundzügen, richten sich auf den Profit ein. Wo der größte Wirt, kommt die Ware hin. Das haben wir hundertmal auch bei den Verhandlungen vor dem Landesverwaltungsamt gehört und das ist, am Geldebeutel geküßt. Unverfälscht wirtschaftliche Tatsachen werden in akademische Fragen verwandelt, mit allen möglichen Einwänden kompliziert gestaltet. Verringerter Viehhaltung, mangelnde Futtermittel sind die plausibelsten, Dollar- und Margarinepreis für Deutsche jezt wankende Agrarier die schäblichsten. Eine Erklärungsversuch: Wo Not ist, mußte Menschlichkeit den Eigenwinn umbringen. Doch jein wir bejammern: wirtschaftliche Beweggründe lassen sich nicht durch moralisierende Philosophie hinwegdiskutieren. Auch sogenannte „wohltätige“ Zwischenakte täuschen uns nicht.

Tatsache ist: Die Kuhhaltung in Deutschland ist nur höchstens 10-15 Prozent gegenüber der Vorkriegszeit verringert. Dieser Ausfall für die Milchpreisgestaltung und Milchlieferung der Städte allerdings ausgleichend. Wo Kuhhaltung mit Viehhaltung und Futtermittelherzeugung zusammengeht, ist der Viehbestand der alte. In Deutschland wird also das Viehvieh an Milch erzeugt, was an Rohbedarf in Betracht kommt. Da der Getreidepreis mit dem Weltmarktpreis wetteifert und Zusatzfuttermittel fehlen, werden Vieh- und Schweinebestände mit Milch genährt. Beileibe, das schreiben nicht wir verruchten Sozialdemokraten, sondern das ist der Sinn eines sachkundigen Landwirts, des sachsenburgischen Ministerpräsidenten Tanzen, der im „Berl. Tagebl.“ seinen Wein einbringt. Und dabei die von uns mehrfach kritisierte Tatsache bestätigt, daß Erzeuger und Handel der Butter- und Milchpreis also fallulieren: Weltmarktpreis des Getreides, Weltmarktpreis der Margarine, gleich; Welt- und Milchpreis.

Nach bürgerlicher Volkswirtschaftslehre ist die Berechnung ganz plausibel. Denn rechts von uns hört seit je die Weltmarktpreise beim Dollarstand auf. Oder wurde auf der vor einigen Wochen in Hamburg abgehaltenen Milchinteressenversammlung etwa die sachkundige Bekauptung widerlegt, daß 60 (sechzig) Versuche zur Feststellung des Erzeugerpreises 60 verschiedene Resultate zeigten?

Man könnte den Faden ins Endlose spinnen, weil jeder auf deutschem Boden erzeugte Artikel die gleiche Leidenschaft durchläuft. Ohne Profit raucht kein Schornstein. Auch diejenigen der Meiereien und Milchverwertungsanstalten nicht. Ueber deren geschäftliche Grundprinzipien schreibt — wir zitieren Raumangels wegen nur in Anmähnen — die „Deutsche Milchhändlerzeitung“ dem „Hamb. Echo“: „Der dem Krieg ist der Milchhandel an die Städte immer die rentabelste Milchverwertung für Landwirte und Meiereien gewesen. Bei teilweiser Aufhebung der Zwangswirtschaft im Frühjahr 1921 war dies auch der eigentliche Grundgedanke. Das ist heute aber nicht mehr der Fall. Alle andern Milchverwertungsmöglichkeiten, wie Fabrikation von Butter, Käse, Kondensmilch, Trockenmilch, ja selbst die Verwendung der Milch als Futtermittel für Schweine und neuerdings auch sogar als Futtermittel für Fohlen, bedeuten gerade im Winterhalbjahr eine Konkurrenz, mit der der Handel einfach nicht mithalten kann.“

Von Tag zu Tag häufen sich die Fälle, in denen die Milchlieferungen stark eingeschränkt oder ganz eingestellt werden. Als Grund zur Einstellung wird meist Mangel an Fuhrwerken und Transportmöglichkeiten angegeben. Einwandungen, die jedenfalls nicht hervorgebracht würden, wenn die genannten verschiedenen Verwertungsmöglichkeiten nicht eben gewinnbringender wären als die Zufuhr an die Städte. Verschiedene Meiereien schränken ihre Milchlieferungen auf ein äußerstes Minimum ein, wie beispielsweise die Meierei Sievershütten, die ihre gesamte Butterproduktion in Postpaketen nach Wachen sendet, ein Beispiel, dem keils mehr, teils weniger eine ganze Anzahl anderer Meiereien folgen.

Als weitere besonders schwere Konkurrenz für den Handel treten die Kondens- und Trockenmilch-Anstalten immer mehr hervor. Da sind jetzt schon zusammen die Kondens- und Trockenmilch-Anstalten in Kappeln, Eutin, Curau, Mölln, Lübeck, Ederndorf, Schwerin, Wittenburg, Welle und eine Anzahl in der Nähe von Kiel. Wenn solche Anstalten in der Lage sind, den Landwirten, nicht wie der Handel, nur ein Fünftel der jeweiligen Butternotierungen als Milchpreis zu zahlen, sondern schon bis zu einem Ahtel der Butternotierung zahlen, so kann selbst der Laie beurteilen, wie schwer der Handel die Konkurrenz empfindet. Das verderblichste bei der Sache ist, daß solche Auszahlungsmöglichkeiten als Richtschnur bei Preisforderungen für Milchlieferungen nach Hamburg dienen, und wenn der Handel solche Preise nicht zahlen kann und auch nicht will, so werden die Lieferungen eben eingeschränkt oder ganz eingestellt. Besonders stark in Erscheinung getreten sind da Lieferungen aus der Umgegend von Eutin und Mölln.“

(Wir wollen empfehlen: Der Lübecker Senat hat vor längerer Zeit behauptet, daß die Kurauer Produktionsanlage nur bei Milchüberfluß in Tätigkeit treten soll. Und die Eutinier Stadtbekretung will unjeres Wissens wegen Preisübergebote der Produktionsanstalt gerichtlich vorgehen.)

Besonders bezeichnend und von uns schon im zweiten Kriessjahre als künstliche Preismachenschaften kritisierte Tatsache ist folgendes Schreiben der Meierei-Genossenschaft Wrist in Holstein:

„Da der in Hamburg festgesetzte Weltmarktpreis für Meiereien schon seit Jahren nicht dem vollen Wert der Milch beim Buttern, Käsen, oder zu Futterzwecken verwendet entspricht und wir höhere Preise als die dort festgesetzten nicht nehmen wollen, so bebauern wir jezt, den Weltmarktpreis nach dort bedeutend einschränken, wenn nicht ganz einstellen zu müssen, da wir sonst von der Milchzeugern keine Milch mehr erhalten, weil der Wert der Milch bedeutend über dem dortigen Weltmarktpreis liegt.“

Der volkswirtschaftlich ins Treffen geführte Rundgang für die „natürliche“ Preissteigerung ist damit beendet. Diese Zeilen beweisen haarfähr, daß nur gemeinliche Profitucht Erzeuger und diverse Interessenten leitet. Wir haben diese Ueberzeugung immer vertreten, weil wir als Sozialdemokraten die wirtschaftlichen Triebkräfte des Kapitalismus kennen. Sie heißen Profit! Wehrung der Güter durch persönliche Tätigkeit steht im Weisheitsbuch der bürgerlichen Gesellschaft. Die geregelte Bedarfswirtschaft und lokale Notwendigkeit nach Strich und Faden misachtet, weil dadurch ihr künstliches Gebäude eben zusammenbricht. Das ist der Weisheit Schluß. Will das schaffende Volk diesen Schmarokern am Volkstörper mit Erfolg entgegenreten, dann muß es sich belohnen in seinen gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen und politischen Organisationen zusammenschließen. Nur Schritt für Schritt lassen sich die feindlichen Mächte bekämpfen. Heute pochen sie noch auf ihre wirtschaftliche Ueberlegenheit und sind dabei, auch die politische wieder zu erringen. Gelänge es ihnen, dann würde es um das arme Volk noch trostloser aussehen.

Die Milchknappheit ist heute durch die Milchzeugung in den Hintergrund getreten. Denn bei einer ernsthaften Erfassung der Milchproduktion wäre Milch genug vorhanden. Doch die zwangsweise Erfassung ist bei der Haltung der bürgerlichen Parteien, die das Heil in der freien Wirtschaft auch der lebensnotwendigsten Produkte trotz des völligen Fehlschlagens sehen, nicht so leicht. Set doch dieser Lage der Vorstand der sachsenburgischen Landwirtschaftskammer wieder aufs neue gegen eine etwaige Wiedereinführung einer Zwangswirtschaft für Milch in Form einer Milchumlage aufs schärfste Einspruch erhoben, da sie angeblich die Volksernährung gefährden würde. Dagegen wurde die Wiedereinführung der Hamburger Buttauktions befürwortet, — mit der die Schindluderei der Preisfestsetzung weiter getrieben werden kann. Ein Butterungsverbot würden die Milchzeuger eben so umgehen, wie sie bisher alle Maßnahmen zumwitten der Volksgemeinschaft bewußt hintertrieben haben. Wir wollen aber doch noch die Vorschläge vermerken, die der oben zitierte sachsenburgische Ministerpräsident Tanzen zur Milchversorgung der Städte vorschlägt. Neben der Verordnung vom 30. April 1921 fordert er

1. Beschränkung des Eigenbedarfs der kuhhaltenden Wirtschaften im Milchverbrauch;
2. Ermächtigung der Landeshörden zu allgemeinen Anordnungen, wo dies durchführbar ist, auf Vblieferung aller dann verbleibenden Milchmengen an Meiereien oder Sammelstellen;
3. Dort, wo es möglich ist, Zusammenfassung der Meiereien zur gemeinsamen Erzeugung der Milchverarbeitung;
4. Verbilligung der Rohmilch für Kinder und Kranke durch Herabgabe einer bestimmten geringen Milchmenge je Kuh für diesen Zweck zu einem tragbaren Preise.

Als größtes Mittel käme neben dieser kleineren Mitteln als letzte Hilfe das allgemeine Verbot der Milchknappheit in Frage. — Schreibt Tanzen und legt im Gegensatz zu den kapitalistisch-milch-wirtschaftlich interessierten Lübecker Demokraten zum Schluß:

„Bequemer ist mit den Wirtschaftsgewaltigen zu gehen, als gegen sie. Der Staat aber darf der Wirtschaft nicht ausgeliefert werden, dann hört er auf, ein sozialer Staat, ein Staat der Gerechtigkeit, zu sein. Nicht die Frage Staat oder Wirtschaft ist die Frage der Wirtschaft, oder der Freiheit der Wirtschaft, sondern die Frage, ob der Staat die Wirtschaft zu schützen hat.“

Was meinen Sie zu ihrem Parteigenossen, Herr Esholt?

Bürgerchaftsvorlagen.

Bildung einer selbständigen Gemeinde Moorgarten. Die Landgemeindeordnung von 1878 sah eine selbständige Gemeinde Moorgarten vor und daneben eine Gemeinde Niendorf, die Hof und Dorf Niendorf mit Einschluß von Niendhülen, Legen und den Erbpächtereien am Brande umfaßte. Bei Ausdehnung der Landgemeindeordnung auf das Gesamtgebiet Weihenrode im Jahre 1911 sind die beiden Ortshafte zu einer Gemeinde vereinigt worden. Seither ist von Moorgartener Seite mehrfach der Wunsch auf Trennung der beiden Ortshafte laut geworden und auch eine Niendorfer Eingabe vom Jahre 1921 verlangte die Trennung der Gemeinden. Ihre Ursache finden die Unstimmigkeiten im wesentlichen darin, daß die Einwohner einer jeden der beiden Ortshafte die Geschäfte der gesamten Gemeinde im Interesse ihrer Ortshafte geleitet wissen wollen, ohne dabei an das Wohl der Gesamtgemeinde zu denken. In diesem Sinne ist jede Ortshafte darauf bedacht, einen möglichst großen Einfluß auf die Gemeindegeschäfte zu erhalten. Durch die letzten Gemeinderatswahlen hat sich der Willwille der Niendorfer dadurch verstärkt, daß ein erheblicher Teil der Gemeinderatsmitglieder den Einwohnern von Moorgarten entstammen ist. Auch wollen die Moorgartener ihren Gemeindevorsteher in Moorgarten selbst haben. Es ist aber nicht zu verkennen, daß diese Regelung weder sachlich noch rechtlich gerechtfertigt ist, da natürlicherweise der Schwerpunkt der Gemeindevverwaltung in dem erheblich größeren Niendorf liegt, ferner auch die Moorgartener in Niendorf als der gemeinsamen Bahn- und Poststation die Gemeindegeschäfte erheblich einfacher und leichter erledigen können als die Niendorfer in Moorgarten.

Nachdem so besonders nach Einführung der neuen Landgemeindeordnung die Streitigkeiten und Reibungen zwischen den beiden Ortshafte stets größer geworden sind, entspricht es nur den praktischen Bedürfnissen, wenn der frühere Zustand wieder hergestellt und Moorgarten wieder zu einer selbständigen Gemeinde gemacht wird.

Es ist auch nicht mehr zu bezweifeln, daß Moorgarten nicht in der Lage wäre, die durch die Selbständigkeit entstehenden Lasten zu tragen. Denn es hat sich neudings in Moorgarten ein gewisser Wohlstand gebildet; die Eingewohnten haben zum großen Teil ihren Grundbesitz vergrößert, und die von ihnen insbesondere betriebene Maiblumenzucht und sonstige Gärtnerei gewährt auch für die Zukunft eine den letzten Jahren entsprechende Entwicklung. So haben auch sämtliche Gemeinderatsvertreter Moorgartens bei einer Besprechung der Angelegenheit erklärt, daß, wenn die Gemeinde Moorgarten in dem Umfange, wie sie zurzeit der Guts herrschaft bestanden hat, wieder hergestellt werde, sie i. G. sehr wohl eine selbständige Gemeinde bilden könne, vorausgesetzt, daß der neuen Gemeinde keine neuen Belastungen aufgebürdet würden; auch müßten die zum früheren Armenhaus gehörigen Gemeindeflächen, die von der Finanzbehörde verpachtet seien, wieder der neuen Gemeinde Moorgarten zu eigener Nutzung zufallen. Von dem zu der Besprechung hinzugesogenen Lehrer Heuer wurde die Befürchtung ausgesprochen, daß künftig bedeutendere Armenlasten eintreten könnten; die drei Gemeinderatsmitglieder teilten diese Befürchtung jedoch nicht, da bisher kein Moorgartener verarmt sei und die Gefahr, daß Bedürftige hereingebbracht würden, nicht bestehe. Die Finanzbehörde hat gegen die beabsichtigte Trennung keine Bedenken zu erheben. Auch hat sie zugesagt, daß, falls eine neue Gemeinde Moorgarten gebildet würde, dieser die ehemaligen Armenländer überlassen würden, natürlich mit der Maßgabe, daß die Gemeinde in die betreffenden Pachtverträge einträte. Es ist jedoch nötig, die Anlage A zur Landgemeindeordnung vom 21. September 1921 zu ändern, und zwar ist als Ziffer 17a einzufügen:

gen: Moorgarten, umfassend die Ortslage Moorgarten, das Bartelsholz, die Bachholderoppel und den kleinen Sandberg bis zur Grenze von Niendhülen. Die Ziffer 19 ist dahin zu ändern, daß Niendorf die Gemarkung Niendorf-Moorgarten mit Ausnahme der unter 17a genannten Ländereien umfaßt. Der Senat stellt einen dementsprechend Antrag zur Mitgenehmigung der Bürgerchaft.

Eine Anfrage an Herrn Anie!

Nun neue behaupten Sie in der Sonntags-Ausgabe des General-Anzeigers, ein Volksbotten-Artikel habe behauptet, „die Arbeiter könnten die Gas- und Elektrizitätspreise ja durch Lohnmehrforderungen wieder weitmachen“. Ihre erstmalige Behauptung haben wir lediglich niedriger gehalten, weil wir Mitleid mit Ihnen hatten. Nun müssen wir Sie aber bitten, diese Behauptung zu beweisen. Wo und wann hat denn der Volksbote etwas Derartiges geschrieben?

Zur Erhöhung der Fahrpreise bei der Lübecker Straßenbahn schreibt uns die Verwaltung: Seit der am 17. September vorgenommenen letzten Erhöhung der Fahrpreise sind infolge der weiteren Geldentwertung und der damit verbundenen Teuerung für den Rest des Geschäftsjahres, d. i. bis 31. März 1923 folgende weitere Mehrausgaben für den Betrieb entstanden: Für Löhne und Gehälter 39 000 000 M., für Mehrkosten des elektrischen Stromes 2 600 000 M., für Mehrkosten des Materials 500 000 M., daß sich zusammen ca. 41 000 000 M. Hinzu kommt der infolge wiederholter rückwirkenden Lohn- und Gehaltszahlungen bereits vorhandene Fehlbetrag von rund 12 Millionen Mark, so daß insgesamt eine Mehrausgabe von rund 53 Millionen Mark entstanden ist, für die eine Deckung aus den Einnahmen der gegenwärtigen Fahrpreise nicht besteht. Wird an Hand der statistischen Unterlagen berechnet, welche Fahrpreise zur Deckung der vorgenannten Mehrausgaben nötig wären, so würde man auf einen Mindestfahrpreis von 40 M. kommen müssen. Es erscheint wirtschaftlich unmöglich, z. Bt. eine Erhöhung von 10 M. auf 40 M. vornehmen zu können, so daß zunächst von der Betriebsbehörde, Abteilung Straßenbahn, sowohl mit der Finanzbehörde als auch mit dem händigen Verkehrsamt der Bürgerchaft ein Einverständnis dazu herbeigeführt wurde, daß als Uebergang die Fahrpreise auf 20 M. und 30 M. erhöht werden sollen. Dies wird voraussichtlich nur eine Mehreinnahme von rund 16 Millionen Mark erbringen, so daß noch rund 37 Millionen Mark ungedeckt sind. Die Verwaltung wird deshalb zunächst die kaufmännische und technische Wirtschaftsführung des Betriebes auf diese Verhältnisse einzustellen haben, um durch weitere Maßnahmen den Fehlbetrag zu verringern. Insbesondere erhofft die Verwaltung mit der allmählichen, den hiesigen örtlichen Verhältnissen vorzüglich angepaßten Einführung des schaffnerlosen Betriebes durch den sog. Einmannwagen, bei dem die Fahrkarte beim Einsteigen bereits ihr Zahlungsmittel beim Führer zu entrichten haben, weitere Einschränkungen die von dem Wirtschaftsleben außerordentlich drückend empfunden werden würden, nach hinauszuweichen. Es muß jedoch ausdrücklich betont werden, daß auch der neue Fahrpreis, der zu der Geldentwertung und den Betriebskosten immer noch in argem Mißverhältnis steht, bereits in kurzer Zeit weitere Erhöhung erfahren muß, da die Finanzlage des Staates auf die Dauer diese erheblichen Millionen-Zuschüsse nicht tragen kann. — Wir sind der Ansicht, daß mit der Frage des schaffnerlosen Betriebes nicht genügt werden sollte. Lübecks enge Straßen und der Straßenverkehr erfordern die ganze Aufmerksamkeit des Wagenführers, so daß er sich nicht noch mit der Kontrolle der Fahrgäste abgeben kann. Bei eingeschränktem Wagenverkehr würden sich gerade zuzeiten großen Anbranges Schwierigkeiten und Verzögerungen ergeben. Früher war man allgemein froh, als die Einrichtung abgeschlossen wurde. Bewahren kann sich ein solches Betriebsverfahren heutzutage in einer Stadt von dem Umfange des Lübecker Straßenbahnnetzes nicht mehr.

Erwerbsloosfürsorge. Die Reichsregierung hat, wie bereits mitgeteilt, die Erwerbsloosfürsorge erhöht. Die Einzelregierungen dürfen die Unterstufungen nicht ändern. In den Gesamtausgaben der Unterstufungen beteiligt sich das Reich zur Hälfte. Das Reich lehnt die Erstattung der halben Ausgaben für die Erwerbsloosfürsorge ohne weiteres ab, wenn von den einzelnen Ländern die Höchstätze überhöht werden. Daß die Unterstufungen für die Erwerbsloosfürsorge nicht zuletzt auf die wiederholten Hinweise des Lübecker Senats bei der Reichsregierung zurückzuführen. Von heute, Montag, den 20. November ab sollen folgende Unterstufungen gelten: für männliche Personen über 21 Jahre 140 Mark, für jüngere 99 Mark, für weibliche Personen über 21 Jahre 110 Mark, für jüngere 40 M.; für die Ehefrau erhalten Ehepaare täglich 65 Mark, für jedes Kind 50 Mark Zuschlag.

Gehaltsbewegung der kaufmännischen Angestellten im Kleinhandel. Die zwischen dem Arbeitgeberverband und den Angestelltenorganisationen gefolgten Verhandlungen haben zum Abschluß eines Nachtrages zum Tarifvertrag für den Monat November geführt. Die Tarifverträge sind bei den Angestelltenorganisationen zu haben.

Von der Schifffahrt. Der Untergang des Dampfers „Progress“ bestätigt. Nach der „Göteborgs Handels- und Schifffahrtszeitung“ ist der der Hamburg-Danzig-Linie gehörige Dampfer „Progress“ mit einer Besatzung von 16 Mann auf der Reife von Schottland nach Stolpmünde untergegangen. Die ganze Besatzung ist umgekommen. Der größte Teil der Mannschaft ist in Danzig beheimatet.

Eine Versammlung in Friedrichshof beschäftigte sich am Sonntag mit den Vorkommnissen in der Brockschloß, die wir hier berichtet haben. Wie wir erfahren, untersucht die Oberstufungsbehörde die Fälle. Die in Frage kommenden Lehrer wollen gegen den Vorwurf unerhörter Mißhandlungen gerichtliche Klage wegen Beleidigung erheben.

wb. Stadthallen-Vorstellung. Die Tochter Napoleons. Nach einer Fabel von F. W. von Oesteren hat Janny Carlsson mit edlem Filmgefühl Bilder kombiniert, die in hübscher gestelltem Rahmen eine kleine nette Geschichte erzählen. Der simple Quinlan Bonaparte hat darin in der Stadt Valence einem kleinen Mädchen den Weg ins Leben ermöglicht, das erst als Jungfrau — nach dem Tode der Mutter — den Namen seines Vaters erbt. Von einem alten Bekannten der Mutter wird es nach Paris gebracht und dem gewaltigen Korsetz vorgestellt. Dieser nimmt es mit Freuden auf. Der Kleinen ist es vergönnt, eine Verlobung der Royalisten zu erwidern, und dem Franzosenfaher das Leben zu retten, wofür es zum Dank ihren Jugendgeliebten heiraten darf. Wenn der historische Film auf das große Pathos verzichtet und nicht durch leeren Prunk ermüdet, wie hier, so muß das lobend registriert werden. Friedrich Zellert hat als Regisseur den Stoff ganz im Anknüpfen gelassen und allerlei wirksame Einfälle in die Begebenheiten gestreut. Eva Waza stellt die Tochter als fedes Mädel dar, die mit viel Scharm und Natürlichkeit den Versuchern und Generalen eine ordentliche Nase dreht. Napoleon wird von Ludwig Hartau dargestellt. Die Besucher kennen in ihrer Wehrzahl nicht die erstarrte Phantastik dieses Films. So wie Hartau im Staatstheater in letzten Frühjahr in „Napoleon“ die Titelrolle spielte, war dieser „Napoleon“ seine letzte Filmrolle. Der Künstler ist tot und man sieht ihn hier lebensvoll und echt, menschlich groß auf der Leinwand. Das zweite Hauptstück „Der Lumpenjammer von Paris“ erinnert an den Roman der

Großhente, die Dienstmädchen und junge Burthen einst beim Kerzenlicht mit Klappenherzen nachts im Bette lasen. „Oesterreichs Alpenwelt“ zeigt wunderbare Naturaufnahmen aus dem Salzammergü.

Das Konzert von Franz und Gertraud Vermeiren, das am Sonntag im Logenkaal stattfand, brachte einer nur kleinen Gemeinde vorwiegend nordische Musik. Krieg und Sinding waren auf dem Programm mit je einer Sonate für Violine und Klavier vertreten, deren auch im Zusammenhange gute Wiedergabe Franz als einen energischen Geiger von solider, sauberer Technik und gutem Geschmack sowie Gertraud Vermeiren als tüchtige Pianistin erkennen ließ. Eine reizvolle Sonate von Scheinplag, dem jetzt in Duisburg wirkenden Dirigenten, deren vornehmtes Mittelstück besonders gefiel, war eine ebenfalls gern entgegengenommene, hier nicht oft gehörte Gabe. Lita Hübler, einst Mitglied unseres Stadttheaters, erlangt sich mit Liedern von Max Krohn, Johs. Marx und E. Grieg freundlichen Beifall. Die gutgeschulte, warme Stimme klingt in den oberen Lagen am besten. Wenn das Publikum erst merkt, das heute Theater und Konzerte die meistaus billigsten und schönsten Genüsse bieten, so wird es hoffentlich auch seine Konsequenzen daraus ziehen.

Berufsberatung. Von der Berufsberatungsstelle bei dem Arbeitsamt wird uns geschrieben: In letzter Zeit erschienen von einem gewissen H.arms-Hamburg in den Zeitungen Anzeigen, daß junge Leute, die zur See fahren wollten von ihm schriftliche Aufklärung und Rat erhalten. H.arms versendet Prospekte gegen Entgelt, in denen in der Hauptsache Adressen von deutschen und ausländischen Reedereien angegeben werden, damit ist nichts anzufangen. Unentgeltliche und unparteiische Auskunft über die Seemannslaufbahn und über alle anderen Berufe erteilt die Berufsberatungsstelle, Unterecke 104, Zimmer 10, Sprechstunden täglich von 11-12 Uhr und Dienstags und Donnerstags nachm. von 4-7 Uhr.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

4. Distrikt: Dienstag abend 7 1/2 Uhr bei Eggers, Stavenstr. Referent: Genosse Wolfradt. **11. Distrikt:** Dienstag abend 7 1/2 Uhr in Quillenstr. Referent: Genosse Dr. Leber.

Achtung, SPD-Metallarbeiter! Morgen, Dienstag abend 7 1/2 Uhr, wichtige Fraktionsversammlung im Gewerkschaftshaus. (Siehe heutige Anzeige.) Alle Kollegen und Kolleginnen, die der Sozialdemokratischen Partei angehören, müssen erscheinen, da sehr wichtige innere Verbandsangelegenheiten besprochen werden müssen. Der Fraktionsvorstand.

Die Versammlung der Rotgemeinschaft in Vockenhof beginnt am Dienstag abend 7 Uhr, damit die Parteigenossen auch die Distriktsversammlung in Quillenstr. besuchen können.

Die Nordische Gesellschaft in Lübeck veranstaltet in der Aula der Ernestinenschule einen Vortragsabend. Redner ist Dr. H. von C. ardt, Lektor für Russisch an der Hamburger Universität. Er spricht über das Interesse Deutschlands am Wiederaufbau Rußlands. Beginn 8 1/2 Uhr.

Stadttheater. Heute, Montag: 8. Volksk. Konzert. Dienstag außer Abonnement: „Lotalbahn“, hierauf: „Die Puppenfee“. Schüler gegen Ausweis der Schulen halbe Preise. Nach dieser Vorstellung: 2. Vorst. der „Johannislegende“. Mittwoch (Bußtag): Zum ersten Mal Strindbergs Liebesmärchen „Schwanenweiß“.

Angrenzende Gebiete.

Malente. Gewaltige Nachtschwärme. Das den „Rumer See“ umfassende 3 1/2 Hektar große fiskalische „Lütte Moor“ wurde auf acht Jahre meistbietend verpachtet. Die Fläche ist zerlegt in vier Teile, die durchschnittlich 1 1/2 Tonnen groß sind. Als Pachtpreis gilt der Wert von 210 Pfund, 400 Pfund, 400 Pfund und 450 Pfund = 1460 Pfund Neu, wie er in jedem Jahre am 1. November, dem Jahltage, ermittelt wird. Am 1. November ds. J. kostete das Wiesenhau 1500 Mark der Zentner. Die Wiese würde also in diesem Jahre, nach Heuwert berechnet, 21 900 Mark erbracht haben. Bisher war sie für 28 Mk. jährlich verpachtet.

Hamburg. Neuer deutscher Segelflugrekord. Auf dem Flugplatz Fuhlsbüttel flog Freitag der Flugzeugführer Förster mit einem von Hejemann (Binneberg) gebauten Segelflugzeug „Senator“ über ebenem Gelände bei Windstärke 3, im Mittel 7 Sekundenmeter. Strecken von 50 bis 150 Metern in Höhen von 4 bis 6 Metern. Das ist eine Leistung, die bislang von keinem Segelflieger vollbracht worden ist. Der Flugplatz Fuhlsbüttel liegt etwa 20 Meter über dem Meeresspiegel und hat keinen Aufwind.

Hamburg. Englische Rettungsprämie für deutsche Seefahrer. Der Hamburg-Amerika-Dampfer „Kürst-Bülow“, der im Mai einen britischen Dampfer mit Ruderhaken bei schwerem Wetter im Atlantik Hilfe leistete, erhielt eine Prämie von 4200 Pfund, also rund 150 Millionen Mark. — Für 40 Millionen Mark Kofain beschlagnahmt wurden in einem Lagerhuppen des Hamburger Hafens. Es sollte in unerlaubter Weise ins Ausland verschifft werden. Mehrere Verhaftungen sind vorgenommen. Die Polizei war durch Hafensarbeiter auf eine große Kiste aufmerksam gemacht worden, die

ein Auto, ein Motorrad und gewöhnliche Fahrräder enthält. In dieser Kiste enthielt man unter ausgehöhlten Bohlen 31 Pakete Kofain zu 360 Gramm.

Hamburg. Die Hamburger Hochbahn hat die Fahrpreise auf 40, 50 und 60 Mk. erhöht. Sie behauptet, die vorige Tarifserhöhung würde aufs Jahr berechnet ein Defizit von 600 Millionen Mark erbringen.

Kiel. Hilfe für die Erwerbslosen. Der Ortsauschuß des ADGB beschloß, daß jeder in Arbeit stehende freiwillig organisierte Arbeiter, Angestellte und Beamte verpflichtet ist, bis zum 15. Dezember 1922 zur Unterstützung der freiwillig organisierten Erwerbslosen einen Stundenlohn abzuführen. Die Mittel können auch zum Teil für die wirtschaftlich Schwachen, die den Gewerkschaften nahestehten, Verwendung finden.

Rendsburg. Herabsetzung der Getreidemenge. Die Getreidemenge ist für Schleswig-Holstein von 1 039 000 auf 990 000 Doppelzentner herabgesetzt. Die Ermäßigung beträgt demnach 49 000 Doppelzentner gleich 4,8 Prozent des anfänglich festgesetzten Ablieferungsolls.

Briefkasten.

Greta. Der Vorname Ellen entstammt der englischen Sprache. Mit den verschiedensten Abweichungen begegnet man diesen Namen in fast allen Kulturländern.

Neue Bücher.

Wichtigste kommunalpolitische Fragen behandelt der soeben im Vereinigten Verlage J. H. W. Dieck Nachf./Buchhandlung, Bornstr. 68, erschienene neue Band (1923) vom „Taschenbuch für Kommunalpolitiker“. Das diesmal dauerhaft gebundene, 280 Seiten starke Buch enthält viele Beiträge namhafter Kommunalpolitiker. So u. a. über: Wohnungsfürsorge, Wohnungsangelegenheiten, Lebensmittelmittelwirtschaft, Kapitalrentenrentenfürsorge, Verfassungsrecht, Geschlechtskrankheiten, Fürsorge, Betriebsräte und Arbeitslosenfürsorge, Beamtenorganisation, Bauwirtschaft. Damit auch weniger zahlungsfähige Interessenten sich das dem Kommunalpolitiker unentbehrliche Buch zulegen können, gewährt der Verlag bei Bestellung bis 1. Dezember d. J. Ermäßigung des Ladenpreises um mindestens 20 %.

Verantwortlich: für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber, für Freiheit Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer, für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Ämlicher Teil.

Handelsregister.

Am 18. November 1922 ist eingetragen: 1. bei der Firma Ferd. Müller, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Lübeck: Durch Gesellschaftsbeschluss vom 4. November 1922 ist das Stammkapital um 270 000 Mk. auf 300 000 Mk. erhöht. 2. bei der Firma G. S. W. Blasius u. Co., Lübeck: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der bisherige Gesellschafter Blasius ist Alleininhaber. (9608)

Lübeck. Das Amtsgericht, Abt. II.

Die Kostgeldsätze der Heilanstalten werden vom 28. Nov. 1922 ab erhöht. Näh. i. d. Geschäftsziimmern d. Krankenhauses u. d. Heilanst. Ertrechtig. (9634) Die Behörde f. d. Heilanstalten.

Nichtämlicher Teil.

Allgem. Krankenhaus. Besuchszeit (9633) am Dienstag, 21. Novbr. fällt aus, dafür am Mittwoch, 22. u. Donnerstag, 23. Novbr.

Für die vielen Aufmerksamkeiten zu uns. Silberner Hochzeit jagen wir unsern herzlichsten Dank. Karl Schröder u. Frau (9611) geb. Ederer.

Tapfermädchen fest gel. (9628) Wollstr. 26 II.

Junger einheimischer Geschäftsmann sucht z. 1. Dezember (9635)

möbliert. Zimmer wenn möglich mit Zentralheizung. Ang. m. Preisangabe unt. „Heinonen“ an die Geschäftsstelle des Lübecker Volksboten.

Wer sucht heilig. möbl. Zimmer f. sofort oder 1. Dezbr. Ang. u. A 558 an die Exp. (9624)

Gebr. Seifferte von 2 Hl. werden gefahrt (9629) Bücherg. 48, pt. I.

Das beliebte markenfr. Landbrot (1900 Grl.) ist frisch eingetroffen. (9638) Landwärtersgrube 56.

Zu verp. Jungl.-Answ. (9632) Ehrenstr. 71.

Gummimil, mod. neuer Schläp, Ang. 7000, Kal, Arb.-Gehö u. Jgl.-Kal. zu verp. (9619) Glockengießerstr. 60.

Deu u. Kunstst. z. verp. (9612) Josephinenstr. 24.

Puppenm., Puppenbettf. u. Puppen z. verp. (9616) Gewerbestr. 4 III.

Mädchenh., St. 36 z. vl. (9614) S. St. Johannis 23 I.

1 Puppenst. z. vl. n. 6 Uhr. (9615) Steint. Weg 32 II.

2 Küchenstühle zu verp. (9624) Schwart. III. 117, p.

Biliga z. verp. sehr guter D.-R.-Mantel u. Turm-Wagen und Turm. (9625) Gr. Vogelstieg 13 a.

3 Satz Fertig zu verkaufen (9620) Schwart. III. 125.

Kartoffeln u. gelbe Stedrüben empfiehlt ab Lager Krähenstr. 11. H. Lutz.

?? Alles rennet, reitet, flüchtet ??
?? Wohin ??
5 Hartengrube 5
??? Weshalb ???

Weil dort kolossale Preise für (9625)

Stuh-, Schweiß-, Pferdehaare, reine Schien- u. Mähnenhaare, Knüll-Papier, Schwer-Papier, Hauswandstumpen, Knochen, Alt-Eisen, Knochenaare, Kupfer, Messing, Blei, Zink, Nils-, Warden-, Zugs-, Haken- und Kaninchenfelle bezahlt werden, bis Sonnabend R. Lissauers Produktengroße, Lübeck, Tel. 3601. Hartengrube 5. Tel. 3601.

Dem Dollarkurs entsprechend

zahle ich allerhöchste Preise für

Brillanten

Perlen, Smeragde, Juwelen, Uhren, Ketten, Ringe in Gold, Silber u. Platin.

B. Friedmann,

Fleischhauerstraße 26. Legitimation erforderlich! (9637)

Karl Obst

Am Brink 11b.

Haltbare Sohlen u. Absätze.

Joh. Voss,

(9636) Fleischhauerstraße 77.

Wildfelle,

sowie Hasen, Gamin, Hirschen, Dachse, Echthörnchen, Rehe, Katzen, Warden, Iltisse, Füchse usw. kaufte besonders zu höchsten Tagespreisen (9636)

Eduard Giretara, Lübeck, 20 Gantstr. 20

Annahme

von Handarbeiten, wertvollen Altertümern, Schmuck-, Gold- und Silberfachen, Hausgeräten und Bildern aller Art

Montag, Mittwoch, Donnerstag und Sonnabend von 3-5 Uhr nachmittags.

Zentrale für private Fürsorge,

Johannisstraße 47/49. Fernruf 8744. (9601)

Junge Leute, die zur See fahr. woll. erb. schriftl. Aufklärung u. Rat. (9602) Harms, Hamburg 19 M 4 Bellealliancestr. 17 Lad

Steppdecken

Anfertigung u. Neu-beziehen Spethmann Breitestr. 31. Fernsp. 8659 (9604)

Beste Preise

für

Gold, Silber, Platin, Double

(Bruch und Gegenstände)

Brillanten

zahlt (9617)

Goldschmied

Carl Michaelsen,

Mühlentstraße 3 (am Klingenberg).

Schwarz-rot-goldene

Schleifen und Fahrradfarben

Buchhandlung

Lübecker Volksbote.

Versammlungs- u. Vergütungs-Anzeigen

Sozialdemokr. Verein Lübeck.

4. Distrikt.

Dienstag, d. 21. Nov., abends 7 1/2 Uhr.

b. Eggers, Stavenstr. 33

Bezirksmitglieder-Versammlung.

1. Vortrag des Genossen Wolfradt.

2. Verschiedenes.

Der Distriktsführer. W. Mengel. (9618)

11. Distrikt.

Im Lokal „Lübenstr.“

Dienstag, d. 21. Nov., abends 7 1/2 Uhr

1. Vortrag des Genossen Dr. Leber.

2. Verschiedenes.

Der Distriktsführer. Reinke. (9627)

Deutscher Fabrikarbeiter-Verband.

Ortsverwaltung Lübeck. (9627)

Mitglieder-Versammlung

am Dienstag, dem 21. November, abends 7 1/2 Uhr

im Gewerkschaftshaus.

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.

Votenziehung am Dienstag, 21. Nov., abends 6 Uhr.

Die Ortsverwaltung.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

(Filiale Lübeck).

Versammlung der Betriebsräte

sämtlicher Staatsbetriebe Dienstag abend 7 1/2 Uhr, bei Lender, Ganteststraße. Die Ortsverwaltung.

Vorschuss- u. Spar-Vereins-Bank in Lübeck, Lübeck.

Weitere Punkte der Tagesordnung der außerordentlichen Generalversammlung vom 15. Dezember 1922.

3. Aenderung des § 20 des Gesellschaftsvertrages (einfaches Stimmrecht der neuen Aktien.)

4. Aenderung des § 4 des Gesellschaftsvertrages (Veröffentlichung der Bekanntmachungen.)

Lübeck, den 18. November 1922.

Der Vorstand. G. Lüthgens.

9610

S. P. D.-Metallarbeiter!

Fraktionsversammlung

am Dienstag, dem 21. ds. Mts., abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Tagesordn. wird in der Versammlung bekanntgegeben.

Es ist Pflicht eines jeden Kollegen und einer jeden Kollegin, die auf dem Boden der S. P. D. stehen, in dieser Versammlung zu erscheinen, da wichtige innere Verbandsangelegenheiten erörtert werden müssen.

Verbandsbuch und Mitgliedsbuch der Partei müssen vorgezeigt werden. Ohne diese hat niemand Zutritt. (9629)

Der Fraktionsvorstand.

D. T. V.

Vorstandssitzung

am Dienstag, 14. Novbr. abds. 7 Uhr, (9632) im Bureau.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. (9636)

Ortsverwaltung Lübeck.

Versammlung

der Hausdiener und Reinmachefrauen

am Dienstag, den 21. Nov., abends 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:

Bericht der Lohnkommission

Die Ortsverwaltung.

Trocadero.

Schüsselbad. A. F. 787

Täglich ab 5 Uhr nachm.:

Fred-Leisner-Stimmungs-Konzerte.

9607

Hansa-Theater.

Heute, 9630

Montag 7 1/2 Uhr: Zum letzten Male:

„Fledermaus“.

Martha Luise Stoize in ihren Tanzszenen als Gast.

Dienstag 7 1/2 Uhr:

„Hol mich der Teufel.“

Wittwoch (Bußtag) Geschlossen.

Freitag, 7 1/2 Uhr: Zum ersten Male:

„Königin von Montmartre“.

Stadttheater Lübeck

Montag 7.30: 8. Volksk. Konzert. 9618

Dienstag 7.00: Lokalbahn hierauf: Die Puppenfee. Außer Ab. Schüler erhalten halbe Preise.

10.30: Johannislegende. Mittwoch 7 Uhr: Ab. D. Schwanenweiß.

10.30: Zum letzten Male Die Johannislegende.

4 tüchtige Schneidergejellen

in und außer dem Hause stellt sofort ein (9631)

Wilde, Megidienstraße 12.

Felle

kauft höchst zahlend Issac Frankenthal Backergasse 53. Tel. 881. 9606

Haare

Die Gorgen der Hansfrau
hab darüber, sobald sie eintritt in den
Lübecker Konsumverein!